

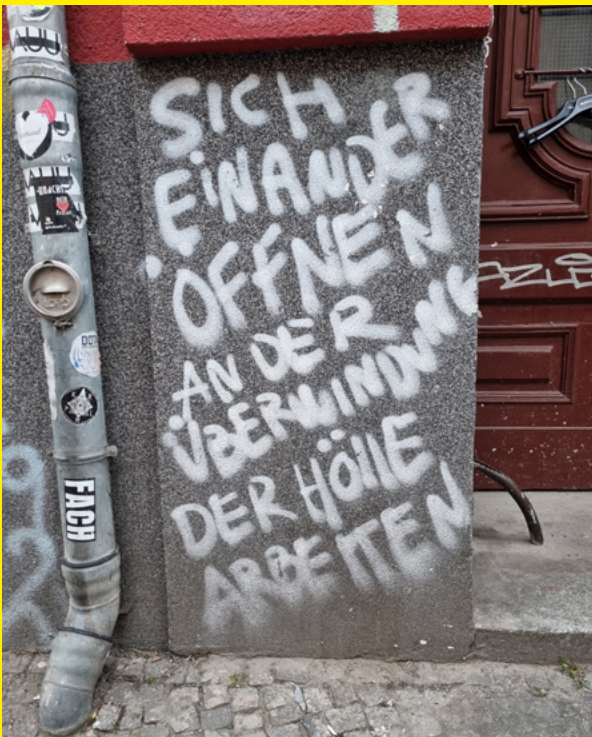


GANGWAY^{e.V.}
Straßensozialarbeit in Berlin



Team Drop Out

Inhalt



2	01 Einleitung
4	02 Besondere Ereignisse im Jahr 2021
4	Corona – das zweite Jahr der Pandemie
6	Soziale Arbeit in der Pandemie
6	und die Systemrelevanz
7	Sozialpolitische Entwicklungen 2021
10	AG Security
11	Habersaathstraße
12	03 Die Teams
12	Team Mitte
19	Team Neukölln
22	Team Xhain
26	Team Focus
34	Überregionales Clearing und „Dispatching“
35	04 Vernetzung und Gremien
36	05 Statistische Angaben
47	06 Fazit & Ausblick
48	07 Allgemeine Angaben

01 Einleitung

Im Jahr 2021 ist so einiges im Bereich der Wohnungslosigkeit geschehen. Die Pandemie spielte dabei zwar weiterhin eine große Rolle, doch andere Ereignisse prägten das Jahr für uns ebenso. Angefangen bei der desaströsen Räumung der Rummelsburger Bucht zu Beginn des Berichtsjahres, infolge derer viele Menschen nicht nur ihr Zuhause, sondern auch ihr Eigentum verloren, bis hin zur erfolgreichen Besetzung leerstehender Wohnungen in der Habersaathstraße durch Wohnungslose und deren Unterstützer*innen im Dezember.

Das Drop Out Team arbeitet mit erwachsenen Wohnungslosen in Berlin. Der vorliegende Bericht beschreibt unsere Aktivitäten im Jahr 2021 und beleuchtet die unterschiedlichen Regionen der einzelnen Teams.



WILLKOMMEN

HIER GILT:

- KEIN ALKOHOL
- KEINE MUSIK
- KEIN AUFENTHALT NACH 20 UHR

WELCOME

PARK RULES:

- NO ALCOHOL
- NO MUSIC
- NO STAY AFTER 8 P.M.

Bezirksamt
Mitte

BERLIN



13016

02

Besondere Ereignisse im Jahr 2021

Corona – das zweite Jahr der Pandemie

Am 6. Januar 2021 wurde der zweiten harte Corona-Lockdown durch die Bundesregierung bekannt gegeben. Die bereits geltenden Maßnahmen des „Lockdown Light“ wurden verlängert. Es galten strenge Kontaktbeschränkungen. Ab Mitte Februar 2021 mussten an geschlossenen, öffentlichen Orten wie Geschäften oder im öffentlichen Nahverkehr FFP2- oder OP-Masken getragen werden. Berufliche Tätigkeiten fanden, wenn möglich, im Homeoffice statt. Gleichzeitig gewann die im Dezember 2020 gestartete Impfkampagne langsam an Fahrt. Erst im Mai endete der zweite Corona-bedingte Lockdown. Nach der Rücknahme einzelner Verordnungen normalisierte sich das öffentliche und wirtschaftliche Leben zusehends.



Mit erneut steigenden Zahlen nachgewiesener Infektionen wurden jedoch ab November neue und detailreiche Verordnungen beschlossen. Unter anderem gilt seit dem 24. November 2021 im öffentlichen Nahverkehr die sogenannte 3G-Regel. Nach dieser dürfen nur geimpfte, genesene oder getestete Menschen mit Nach-

weis die Verkehrsmittel benutzen. Selbiger Nachweis ist seitdem auch für alle Arbeitsplätze außerhalb des Homeoffice Pflicht. Zudem gilt in den meisten Geschäften und für die meisten Dienstleistungen die 2G-Regel. Letztere erlaubt ungeimpften Menschen ohne negativen Test nur in Läden des täglichen Bedarfs, Drogerien und Apotheken einzukaufen.

Im ersten Jahr der Pandemie haben wir viel gelernt. Es wurde für uns normal, unsere Arbeit stetig an wechselnde Verordnungen anzupassen und unsere Adressat*innen sehr flexibel weiterzuvermitteln. Hilfsangebote und deren Erreichbarkeit veränderten sich dauernd bzw. waren auf den jeweiligen Internetseiten nicht auf dem aktuellen Stand. So bedurfte es häufig mehrerer telefonischer Versuche, um soziale Träger zu erreichen.

Es entstanden in der bzw. durch die Pandemie neue Netzwerke und Kontakte. Der stetige Austausch, auch online, mit und zu anderen Hilfsangeboten war für unsere Arbeit wichtiger denn je.

Es kamen neue wiederkehrende Aufgaben bzgl. der Gesundheitsvorsorge im Alltag hinzu:

- die Beratung zu, Weitervermittlung an, Begleitung zu und Initiierung von Impfangeboten;
- die Organisation und Weitergabe von medizinischen Masken und Desinfektionstüchern o.ä.

Im Gegensatz zu Erfahrungen mit anderen Erkrankungen und den allgemein bestehenden erheblichen Gesundheitsrisiken auf der Straße lag im ersten Halbjahr 2021 eine besondere gesellschaftliche Priorität auf dem gesundheitlichen Schutz der Adressat*innen und ihres Umfeldes vor einer Corona-Infektion.



Auswirkungen auf unsere Adressat*innen

Das wiederholte völlige Erliegen des öffentlichen Lebens in den ersten fünf Monaten des Jahres erschwerte und verringerte erheblich die Erzielung lebensnotwendiger weiterer Einnahmen durch Betteln, Flaschensammeln, Zeitungsverkauf etc. Die Schließung von Gastronomie, Geschäften des Einzelhandels sowie das Verbot von Kulturveranstaltungen und der Sexarbeit führten zu wachsenden Existenzsorgen bei ohnehin oft prekär lebenden Menschen und zur Illegalisierung unterschiedlicher Tätigkeiten. Im Einzelfall entstanden dadurch neue Wohnungslosigkeit oder z.B. eine Verstärkung ausbeuterischer Abhängigkeiten von Betroffenen in der Straßenprostitution.

Insbesondere psychisch erkrankte Menschen, die auf der Straße leben, wurden während des zweiten Lockdowns in der Stadt sichtbar. Diese konnten kaum an das vorhandene Hilfesystem andocken. Darauf wird in Punkt 3.a weiter eingegangen.

Der ohnehin erschwerte Zugang zur gesundheitlichen (Not-)Versorgung wurde für obdachlose Menschen noch schwieriger. Krankenhäuser entließen schnell oder nahmen nicht auf. Notwendige medizinische Maßnahmen wurden zum Teil nicht zeitnah vorgenommen. Die Gesundheit der betroffenen Menschen war damit einem erheblichen zusätzlichen Risiko mit realen langfristigen Folgen ausgesetzt. Zur Erlangung des dreimonatigen Übergangsausweises beim Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) mussten Menschen ab Frühjahr 2021 in der Regel am Dienstag vor Ort einen Termin für Mittwoch organisieren. Zwei Termine plus Hin- und Rückfahrten sowie kurze Zeitfenster bedeuteten

für viele eine deutlich höhere Schwelle. Viele Botschaften vergaben meist nur langfristige Termine. Insgesamt war damit die Wiedererlangung von Personaldokumenten für deutsche und nichtdeutsche Staatsbürger*innen im gesamten Jahr massiv erschwert und dauerte bei letzteren teilweise über zehn Monate. Dies wiederum verzögerte mögliche Hilfeprozesse, die Durchsetzung von Leistungsansprüchen und gewollte Rückreisen in Herkunftsländer.

Der Zugang zu einzelnen Hilfsangeboten in der Stadt wurde mit der Einführung von 3G-Regeln ab November für Menschen ohne einen der drei Nachweise verwehrt. Die tägliche Erneuerung von Tests z.B. für die Fahrt mit der BVG ist für viele nicht leistbar, wenn sie nicht in einer Notunterkunft untergebracht sind, die regelmäßig testet und hierfür Zertifikate ausstellt. Der Verlust von Impfausweisen, das Fehlen eines digitalen Nachweises oder nicht vorhandene Personaldokumente schließen selbst vollständig geimpfte Adressat*innen an vielen Stellen erneut von gesellschaftlicher Teilhabe aus. Zum Teil mussten sich Adressat*innen aufgrund verlorengegangener oder nicht anerkannter Nachweise trotz bereits erfolgter vollständiger Impfung oder Auffrischungsimpfung ein oder zwei weitere Male impfen lassen. Zusätzlich drohte Menschen ohne Nachweis die Gefahr von Bußgeldern, bei Kontrollen zu den 2G- und 3G-Regeln und hiermit zusätzliche finanzielle und ggf. juristische Probleme.

Die Verordnungen im Rahmen der Pandemie führten dazu, dass von uns geplante Veranstaltungen nicht oder unter völlig anderen Rahmenbedingungen bzw. zu anderen Zeiten stattfinden mussten. So musste z.B. das Training für unsere Fußballmannschaft Ocker Beige über einen langen Zeitraum ausfallen und ab Sommer stetig an die gesetzlichen Vorgaben angepasst werden. Dies wirkt sich gerade auf die gesellschaftliche Teilhabe unserer Adressat*innen und auf eine ressourcen- und gruppenorientierte Straßensozialarbeit negativ aus.



Bezogen auf die Impfungen wurde unseren Adressat*innen ein kostenfreier und versicherungsunabhängiger Zugang zur Gesundheitsprävention in Berlin ermöglicht.

Das verstärkte Angebot von 24/7-Unterkünften und allgemeinen Notunterkünften für die Nacht während der bis in den Frühsommer verlängerten Kältehilfe wirkte sich an vielen Stellen zeitlich befristet positiv auf die Lebenssituation vieler Menschen aus. So konnten Adressat*innen, auch ohne Leistungsberechtigung, teilweise über Monate in qualitativ hochwertigen Einzel- und Doppelzimmern in Hostels untergebracht werden.

Der Zugang zu vielen Jobcentern gestaltete sich durch eine tendenziell gute Erreichbarkeit über Telefon und Online niedrigschwelliger und Leistungsansprüche konnten besser durchgesetzt werden. Hier wäre eine Fortsetzung der vereinfachten Antragstellung ohne persönliches Erscheinen wünschenswert und im Sinne der Lebensrealität unserer Adressat*innen. Auch der zusätzliche Tagestreff im Hofbräuhaus hatte viele positive Effekte sowohl für die Vernetzung von Trägern und deren Angeboten als auch für die Adressat*innen. Hier wünschen wir uns eine langfristige Etablierung.

Soziale Arbeit in der Pandemie und die Systemrelevanz

Vernetzungstreffen, AG-Teilnahmen, Teamsitzungen und Weiterbildungen verlagerten sich durch die Pandemie vermehrt in Online-Formate. Diese, oft im Homeoffice umgesetzte, Arbeitsform widerspricht unserem eigentlichen Ansatz des direkten Kontaktes innerhalb der aufsuchenden, verknüpfenden und zusammenführenden Arbeit für Menschen. Das Tragen von Masken beeinträchtigte zudem den direkten Kontakt mit unseren Adressat*innen. Insgesamt ist die Soziale Arbeit an vielen Stellen durch die Pandemie erschwert.

Dauerhaft systemrelevant

#profilbericht

Im Bericht wird ausführlich auf die aktuelle Situation der Streetworker*innen und ihrer (auch zukünftigen) Systemrelevanz eingegangen. Der Text zeigt beispielhaft Status Quo der Fachdiskussion und Forderungen zu Problemlagen in der Sozialen Arbeit und für die Adressat*innen auf. Er zeigt auch: Bereits vorhandene Defizite im Hilfesystem, der viel zu geringe ALG II-Satz und fehlende lebensnahe Rahmenbedingungen zur Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen ohne Wohnung und/oder Obdach wurden während der Pandemie noch sichtbarer.

https://dauerhaft-systemrelevant.de/wp-content/uploads/2021/03/dauerhaftsystemrelevant_profilbericht_Streetwork.pdf

Gleichzeitig hat sich das Bewusstsein für die Relevanz Sozialer Arbeit in der öffentlichen Diskussion verstärkt. Auch die gestiegenen Gesundheitsrisiken sind in der Regel bekannt. Umso trauriger ist es für uns Beschäftigte unter anderem, dass das Land Berlin 2021 die übertarifliche Hauptstadtzulage von 150 Euro/mtl. für ihre Angestellten im öffentlichen Dienst nicht auch für die freien Träger in Berlin finanziert hat. Damit wird die wichtige und gleichwertige Arbeit der freien Träger im Land

weiterhin ungleich behandelt. Die finanzielle Attraktivität der Arbeit bei freien Trägern in Berlin wird gemindert und damit die Probleme bei der Suche nach Fachkräften verstärkt. Den Protesten und Forderungen zu einer Gleichstellung haben wir uns angeschlossen.

Sozialpolitische Entwicklungen 2021

Das Jahr 2021 war ein politisch ereignisreiches Jahr. So hat das Land Berlin einen Masterplan zur Abschaffung der Wohnungslosigkeit bis 2030 präsentiert. Es gab sowohl Bundestags- als auch Berlin-Wahlen, inklusive des Volksentscheids zur Enteignung von Deutsche Wohnen und Co. Der Mietendeckel wurde gekippt und es gab wieder eine Strategiekonferenz zur Beseitigung von Wohnungslosigkeit in Berlin. Sehr viele Themen, die also unsere Arbeit an sich und vor allem das Leben und die Umstände unserer Adressat*innen betreffen, wurden diskutiert und beschlossen. Daher möchten wir an dieser Stelle eine fachliche Einschätzung zu diesen Entwicklungen abgeben:

Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit sind kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem. Seit der Entwicklung des Mietspiegels in den letzten Jahren haben immer mehr Menschen ihre Wohnung verloren und solange es keinen bezahlbaren Wohnraum gibt, ist es für viele Menschen kaum möglich, eine neue zu finden. Dieses Problem ist

bekannt und viel diskutiert. Dennoch hat sich in den letzten Jahren die Situation zugespitzt statt verbessert. Deutschland gilt als eines der reichsten Länder der Welt und doch hat sich die Lage für einen großen Teil der Bevölkerung in den letzten Jahren verschlechtert.

Der Berliner Mietendeckel, der Vermietern eine übermäßige Erhöhung der Miete untersagt, war wohl eines der am meisten diskutierten Gesetze der letzten Jahre. Im Jahr 2021 wurde das Gesetz vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt. Das Gericht argumentierte, das Gesetz an sich sei zwar nicht verfassungswidrig, doch das Land Berlin wäre nicht befugt, ein solches Gesetz zu erlassen. Die Mietobergrenzen sind demnach bereits durch die sogenannte Mietpreisbremse vom Bund geregelt. Die Konsequenzen für die Mieter*innen sind weitreichend. Nicht nur die Mieterhöhungen müssen finanziert werden, es drohen Nachzahlungsforderungen, die für viele den Wohnungsverlust bedeuten. Der starke Anstieg der Mietpreise ist für die meisten Menschen im unteren Lohnniveau nicht mehr finanzierbar. Für Menschen, die auf Leistungen des Jobcenters angewiesen sind, ist es kaum mehr möglich, in bestimmten Kiezen eine Wohnung zu finden. Sie werden an den Stadtrand und darüber hinaus weit ins brandenburgische Umland gedrängt. Denn die Kostenübernahmen für Unterkunft des Jobcenters spiegeln nicht die reale Mietpreisentwicklung wider. Dies hat zu Folge, dass es mehr wohnungslose Menschen oder Menschen in Wohnungsnot gibt bzw. in

nächster Zeit geben wird. Die Armut durch Kurzarbeit oder Jobverlust ist in der Pandemie gewachsen, während das Vermögen der zehn reichsten Menschen Deutschlands sich verdoppelt.¹ Es ist eine traurige Entwicklung, dass ein so fortschrittliches Gesetz verloren ging, das sich nicht nur gegen überzogene Profite von

1 <https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/corona-pandemie-ungleichheit-10-reichste-maenner-verdoppeln-vermoegen>



Wohnungsbaugesellschaften, sondern auch für die Interessen der Mieter*innen einsetzte. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung zeigte sich anhand des erfolgreichen Volksentscheides zu „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“. Die Hälfte der Menschen in Deutschland lebt in Mietwohnungen und ist der Mietpreisentwicklung existenziell ausgeliefert.² Wenn Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit etwas entgegnet werden soll, darf man nicht nur bzw. erst am Ende ansetzen, wenn die Menschen auf der Straße sind, sondern muss Verhältnisse schaffen, damit Leute nicht so leicht dort landen. Dafür ist bezahlbarer Wohnraum die Grundvoraussetzung! Die Entwicklung des Mietpreisspiegels ist unglaublich, so muss jetzt schon jeder achte Haushalt bis zur Hälfte des Einkommens für Miete bezahlen. Dabei galt bis vor kurzem noch die Faustregel, dass nur maximal ein Drittel des Einkommens für die Miete gezahlt werden sollte – was von Vermietenden weiterhin oft erwartet wird.

Daher begrüßen wir die Entwicklungen im letzten Jahr mit der Präsentation des Masterplans zur Überwindung der Wohnungslosigkeit bis 2030 und der Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag der neuen Berliner Regierung. Wir hoffen, es bleibt nicht nur bei Ankündigungen. Im Koalitionsvertrag steht:

„Sozial bedeutet für die Koalition, das Leben für alle Berliner*innen besser zu machen und Unterstützung zu bieten, um Krisen in allen Lebenslagen zu meistern und Armut und Einsamkeit zu verhindern. Die Koalition ist dem Ziel einer inklusiven Stadt verpflichtet und sichert Teilhabe durch niedrigschwellige und generationen-übergreifende Angebote in allen Kiezen. Bei allen Vorhaben wird auf die Partizipation der Betroffenen und ihrer Selbst- und Vertretungsorganisationen besonderer Wert gelegt wird.“ Koalitionsvertrag Stadt Berlin 2021-2026

² <https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/immobilien-deutschland-bei-der-eigenheimquote-in-der-eu-abgehaengt-a-72314b50-d9a6-499b-bb88-ffb539e5787c>

Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es mehr noch als vagen Bekenntnissen vor allem konkreter Entscheidungen, die gemeinsam mit den Sozialen Trägern und Betroffenen besprochen werden.



Im Winter 2020/21 hat sich durch das Corona-bedingte Beherbergungsverbot eine sehr positive Entwicklung in der Kältehilfe aufgetan. Hotels wurden angemietet und wohnungslosen Menschen als Notunterkunft sogenannte 24/7-Unterkünfte zur Verfügung gestellt.

Leider sehen wir im Winter 2021/22 schon viel weniger solcher Angebote. 2.000 obdachlose Menschen wurden bei der „Nacht der Solidarität“ 2020 in Berlin gezählt – mit einer wahrscheinlich sehr hohen Dunkelziffer. Dass die Kältehilfe pandemie-bedingt nicht einmal die sonst üblichen 1.500 Schlafplätze zur Verfügung stellen konnte, ist unglaublich. Es ist offensichtlich nicht möglich, allen Menschen, die es wollen und brauchen, eine warme Über-

nachtungsmöglichkeit anzubieten.
Nochmal zur Erinnerung: Die Stadt ist verpflichtet, jeden unfreiwillig obdachlosen Menschen unterzubringen.

Der Unterschied der 24/7-Hostels zu den sonstigen Notunterkünften ist enorm. So können Menschen in Einzelzimmern unterkommen und auch den ganzen Tag dort verbringen. Wir fordern eine Etablierung und den Ausbau dieses Angebotes. Notunterkünfte, in denen die Menschen bleiben können, bis sie aus ihrer Notlage gekommen sind, unterstützt durch ein sozialarbeiterisches Angebot mit Beratung und Vermittlung, sind unserer Einschätzung nach das adäquateste und erfolgversprechendste Mittel, das es bis dato gibt.

Die momentane Angebotslage ist nicht nur unangenehm, sondern hinderlich, um an der Gesamtsituation etwas zu ändern. Wie wenig die Angebote an der Realität der Menschen orientiert sind, für die sie doch geschaffen wurden, zeigen folgende Regelungen der Unterkünfte: morgens die Notunterkunft verlassen zu müssen und hoffen, abends wieder kommen zu können; in vielen Fällen nur bis zu vier Wochen dortbleiben zu können und dann eine andere Notunterkunft finden zu müssen; das Verbot von Haustieren, Alkohol und anderen Suchtmitteln...

So lange sich an der Angebotslandschaft nichts ändert, wird es jeden Winter Menschen geben, die auf der Straße leben oder auf der Straße sterben, weil sie die Angebote nicht annehmen können. Diese Einrichtungen müssen daher allen Menschen zur Verfügung stehen, die unfreiwillig obdachlos sind, unabhängig von ihren Leistungsansprüchen. Wenn die Regierung in ihrem Koalitionsvertrag von „allen Berliner*innen“ spricht, sind damit für uns alle Menschen gemeint, die Berlin als ihre Heimat definieren. Wer also seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort in Berlin hat, muss diese Angebote nutzen können.

Das EU-Freizügigkeitsgesetz hat u.a. dazu geführt, dass billige Arbeitskräfte aus ärmeren EU-Staaten in reichere EU-

Staaten kommen und hier den Wirtschaftsstandort verbessern. Deshalb sind vor allem viele Menschen aus Osteuropa hier. Sie kommen wegen des Versprechens auf Arbeit und werden hier oftmals ausgebeutet. Ohne Arbeitsvertrag und ohne Wissen über Arbeitsrechte sind sie leicht auszunutzen. Wir haben sehr viele Fälle von Menschen, die über Monate keine Lohnzahlungen bekommen haben, oder denen fristlos gekündigt wurde. Diese Menschen landen auf der Straße in extremer Armut. Oftmals haben sie keinen Anspruch auf Sozialleistungen, da kein ordentlicher Arbeitsvertrag bestand. Es ist verantwortungslos, dass diese Menschen, die durch ihre Arbeit den Reichtum deutscher Firmen vergrößern, in absoluter Armut allein gelassen werden. Wir unterstützen daher die Initiativen zur Einbeziehung aller Menschen in die Sozialleistungen. Wir sehen es auch als europäische Aufgabe, eine Lösung zu finden und mit EU-Geldern dafür zu sorgen, dass alle Menschen mindestens existenzsichernde Leistungen bekommen.

Es braucht umfassende Angebote, die ineinander verzahnt sind und dem Bedarf der Menschen entsprechen. Darum ist es sehr wichtig, über die Folgeangebote zu sprechen. Im Masterplan wird stark auf das





Konzept Housing First gesetzt. Wir begrüßen das und sehen in diesem Konzept eine große Chance. Dennoch sind wir auch an dieser Stelle skeptisch, inwieweit das Konzept in ausreichendem Maße umgesetzt wird. Es reicht nicht aus, ein Prestigeprojekt, das schön klingt, zu bewerben, wenn am Ende nur ein Bruchteil der Menschen überhaupt die Möglichkeit hat, dieses Angebot wahrzunehmen. Für eine sinnvolle Umsetzung bräuchte es eine entsprechende rechtlich abgesicherte Gegenfinanzierung für das Beratungsangebot, die Wohnungsakquise und Wohnungsfinanzierung auch für bisher nicht leistungsberechtigte Menschen. Bisher blieb der Senat eine Antwort schuldig, wie er dies finanzieren will. Gleichzeitig darf natürlich auch nicht vergessen werden, dass es weiterhin die Angebote der § 67ff SGBXII-Hilfen braucht, um bedarfsorientiert allen Menschen passgenaue Unterstützung zu ermöglichen.

Wir sehen also positive Tendenzen in der sozialpolitischen Entwicklung, die wir aus unserer fachlichen Expertise heraus unterstützen. Wir sehen aber gleichzeitig die große Gefahr darin, dass Projektplanung und Umsetzung in den Mühlen der Bürokratie zerrieben werden. Erfahrungsgemäß ereilen viele große Ankündigungen und Ideen dieses Schicksal, sodass wir uns als Sprachrohr der Adressat*innen weiter bemerkbar machen, um auf ihre Rechte hinzuweisen und sie aktiv bei deren Inanspruchnahme zu unterstützen.

AG Security

Bereits in der letzten Legislaturperiode des Bundes gab es Planungen für ein neues Sicherheitsdienstleistungsgesetz, welches das Sicherheitsdienstleistungsgewerbe regeln soll. Die Zuständigkeit für diesen Bereich ging im Juli 2020 vom Bundeswirtschaftsministerium zum Bundesinnenministerium (BMI) über. Das ist bereits ein Hinweis darauf, dass man dieses Gewerbe nicht mehr primär als wirtschaftliche Dienstleistung sieht, sondern als ein Bestandteil zur Herstellung der inneren Sicherheit, also einer hoheitlichen Aufgabe. Bis heute ist dieses Gesetz nicht ausformuliert worden. Nach Angaben des BMI ist dies aufgrund der Pandemie verschoben worden, wird aber vermutlich in dieser Legislatur wiederaufgenommen. Verschiedene Gruppen und Organisationen aus dem gesamten Bundesgebiet, die diese geplante Neuregelung kritisch betrachten, bildeten eine AG (AG Security), um den Gesetzgebungsprozess zu beobachten und die Öffentlichkeit über die Planungen zu informieren. Auf Kritik stoßen vor allem Vorschläge, privaten Sicherheitsunternehmen zusätzliche Rechte zu übertragen. Sie würden demnach mit Befugnissen versehen, die zuvor nur staatliche Institutionen hatten, wie beispielsweise das Erteilen von Platzverweisen oder das Kontrollieren von Personalien. Des Weiteren wird die Rolle von privaten Sicherheitsdiensten in Geflüchteten- bzw. Obdachlosenunterkünften sowie ihre Rolle in Fußballstadien kritisch gesehen. Mitarbeitende privater Sicherheitsdienstleister sind häufig mangelhaft ausgebildet. Insbesondere fehlen ihnen Rechtskenntnisse sowie Deeskalationsstrategien im Umgang mit Einzelpersonen bzw. Gruppen, was nicht selten die Sicherheit eher gefährdet als sichert. In der AG Security engagieren sich Menschen aus verschiedenen Geflüchteteninitiativen (z.B. Flüchtlingsräte diverser Bundesländer), der Republikanische Anwalt*innenverein und die AG Fan-Anwälte. Wir schlossen uns der AG an und verfassten gemeinsam mit den anderen Initiativen „Wahlprüfsteine“, in denen wir die einzelnen Parteien und Bundestagsabgeord-

neten aufforderten, eine Stellungnahme zur geplanten Gesetzgebung zu geben. Gleichzeitig ließen wir die Wahlprüfsteine der Presse zukommen, um die Öffentlichkeit über das geplante Gesetz und unsere Kritik daran zu informieren.

Habersaathstraße

Nachdem eine Besetzung der Habersaathstraße 46 in Berlin-Mitte durch wohnungslose Menschen und Unterstützer*innen im Oktober 2020 mit einer Räumung des Gebäudes endete (siehe Jahresbericht 2020), wurde dasselbe Objekt am 18.12.2021 erneut von Wohnungslosen in Beschlag genommen. Diesmal hatte die Besetzung Erfolg. Wenige Stunden nach der Besetzung erschien der Bezirksbürgermeister Herr von Dassel und teilte den Besetzer*innen mit, dass er mit dem Eigentümer vereinbart hatte, dass wohnungslose Menschen das Gebäude in Zukunft vorübergehend nutzen können. Herr von Dassel sagte zu, dass die Besetzer*innen und andere Wohnungslose unter der Bedingung, dass sie vorerst die Besetzung beenden, dort einziehen können. Das Sozialamt Mitte werde angewiesen, die entsprechenden Personen dort in Wohnungen unterzubringen. In den Folgetagen wurde dies dann tatsächlich umgesetzt, so dass noch vor dem Jahreswechsel die ersten Menschen ihre Wohnungen beziehen konnten. Wir unterstützten einige Wohnungslose und begleiteten sie zum Sozialamt Mitte. Zuvor unterstützten wir bereits öffentlich die Forderung der Initiative sowie der Wohnungslosen, den Wohnraum wieder seinem Zweck zuzuführen.

Es war seit vielen Jahren die erste Hausbesetzung in Berlin, die für die Besetzer*innen zu einem Erfolg führte. Dass Wohnungslose mit der Hilfe von Unterstützer*innen selber die Initiative ergreifen, um spekulativen Leerstand zu beenden und sich damit gleichzeitig aus ihrer akuten Obdachlosigkeit befreien, ist ein ungewöhnlicher Vorgang. Aus unserer Sicht wohl das positive Highlight des Jahres 2021 in Bezug auf Obdachlosigkeit!



03 Die Teams

Team Mitte

Alexanderplatz

Mit dem Fortschreiten des Jahres 2021 wurden auch die sich am Platz befindlichen Baustellen immer weiter ausgebaut und verlagert. Dies führte dazu, dass Adressat*innen nicht an ihren üblichen Plätzen zu finden waren, nach und nach abwanderten und sich häufiger in Richtung Bahnhof Zoo bzw. Hauptbahnhof bewegten. Der Alexanderplatz verlor in der Zeit des Lockdowns seinen Charakter als Treffpunkt. Die Konsequenz war, dass sich die Kontaktaufnahme im Rahmen unserer Arbeit als schwierig erwies.

In Gremien, die sich auch mit dem Alexanderplatz befassen, wurde das Thema der Ordnungspolitik intensiv besprochen. Im Berichtsjahr war das Spannungsfeld zwischen sozialer Hilfe und Kontrolle besonders stark zu spüren, weshalb immer wieder der Austausch mit dem Ordnungsamt im Bezirk Mitte gesucht wurde. Daraus ergab sich im letzten Quartal eine gute Vernetzung im Sinne unserer Adressat*innen.

In den Treffen der AG Alexanderplatz konnte eine Stellungnahme zu Räumungen am Platz gegenüber dem Ordnungsamt erarbeitet werden. Da das Ordnungsamt Einladungen zum Austausch im Vorfeld von Räumungen nicht nachkam und es vermehrt unangekündigte Räumungen gab, wurde sowohl im AK City wie auch in der AG Alex über selbige Situation und die Auswirkung für unsere Adressat*innen und damit auch auf unsere Arbeit gesprochen. Diese grenzwertigen Situationen hätten ei-

nen Austausch über die Tätigkeitsbereiche und Vorgehensweisen des Ordnungsamts sowie der Straßensozialarbeit erfordert. Verschiedene soziale Träger hatten ähnliche Erfahrungen gemacht, weshalb es einen nächsten nötigen Schritt darstellte, in schriftlicher Form mit dem Ordnungsamt in Kontakt zu treten. Infolgedessen wurde im Austausch mit den beteiligten Trägern eine Informationsweiterleitung über anstehende Räumungen an das Drop Out Team initiiert.

Haus der Statistik

Seit mehreren Jahren arbeiten verschiedene Akteur*innen aus Kultur-, Sozial- und Flüchtlingsinitiativen und weiteren Interessierten der Stadtgesellschaft gemeinsam mit Architekt*innen und Stadtplaner*innen an einer inhaltlichen und räumlichen Neu- und Ausgestaltung des Hauses der Statistik und seiner Umgebung. Die ZUSAMMENKUNFT Berlin eG (ZKB) ist die rechtsfähige Organisation der Initiative für das HdS.

In diesem Jahr hat sich die Mitwirkung in der AG Soziales im Haus der Statistik verstärkt. Nach dem etwas holprigen Start im Vorjahr konnten im Jahr 2021 bereits konkrete Pläne und Ziele, die Bauvorhaben betreffend, in Angriff genommen werden. Dabei stand das Team über die AG Soziales im diskursiven Austausch mit anderen Trägern und dem Haus der Statistik. Die Leitfrage der Treffen war immer, wie der Raum gestaltet werden kann, um den unterschiedlichen Nutzer*innengruppen gerecht zu werden.

Im Gegensatz zum Jahr 2020 waren nur noch wenige Träger aktiv in der AG Soziales und haben ihre Expertise eingebracht. Im Verlauf des Jahres wurde die AG Soziales um das Wort „Dorf“ erweitert und fand somit einen neuen Namen. Das Team Drop Out Mitte hat

bei den Treffen mit Parteilichkeit die Bedarfe eingebracht, die bereits im letzten Jahr Erwähnung fanden: Aufenthalts- und Beratungsmöglichkeiten sowie die Option, zu duschen und die Installation eines Tagestreffs.

Hofbräuhaus

Die Idee, einen Tagestreff am Alexanderplatz zu installieren, entstand in der Kältehilfessaison 2020/2021. Im jenem Winter gab es erstmals die Möglichkeit, dass sich obdach- und wohnungslose Menschen in einem Teil des Hofbräuhauses beraten lassen und Grundversorgungsangebote in Anspruch nehmen können. Als Straßensozialarbeitende vor Ort gelang es uns in enger Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden der GEBEWO, schneller direkt folgende Hilfen, orientiert an den Bedarfen der Menschen, anzubieten und in diese zu vermitteln, zum Beispiel muttersprachliche Beratungen vor Ort. Dadurch konnten Zugangsbarrieren zum Hilfesystem abgefangen und akute Notlagen gemildert werden.

Mit einem durchschnittlichen Zulauf von 200 Nutzer*innen pro Tag, die das Angebot annahmen, um sich aufzuwärmen, Schlafsäcke und Isomatten abzuholen, sich neu einzukleiden oder zu essen und trinken, wurde aufgezeigt, dass ein entsprechendes Angebot als fest verankerte Infrastruktur fehlt.

Diese offensichtliche Versorgungslücke war für Drop Out Mitte der Startschuss, ein Schreiben aufzusetzen und an politisch relevante Entscheidungsträger*innen im Abgeordnetenhaus und der BVV Mitte zu senden.

Dieser Brief enthielt die Kernpunkte, einen Tagestreff mit mehrsprachiger Beratung, Grundversorgung und Hygienemöglichkeiten zur Verfügung zu stellen – sowie Räumlichkeiten, die von einem fachlich qualifizierten Träger der Wohnungsnotfallhilfe bespielt werden sollen. Die erhobenen Bedarfe der Zielgruppe in der städtebauliche und soziale Planung des Bezirks Mitte sowie des Senats für Stadtentwicklung und Wohnen sollten künftig stärker berücksichtigt werden.

Friedrichstraße

Die Friedrichstraße wurde in den warmen Monaten als Treffpunkt und Ort zum Schnorren genutzt. Sobald es kälter wurde, sind die konsistenten Gruppen abgewandert. Direkt unter der S-Bahn-Brücke haben sich zwei große Lager gebildet, die das ganze Jahr über geduldet wurden – auch bis in den Winter hinein. Diese hier fest verankerten Gruppen von Obdachlosen hielten sich permanent an der Friedrichstraße auf.

Hauptbahnhof

Auch am Hauptbahnhof wurden größere Bauvorhaben umgesetzt. Die Baustellen hatten jedoch keinen Einfluss auf die Kontaktaufnahme zur Zielgruppe, da sie sich nicht direkt an den beiden Vorplätzen befanden. Vor Ort konnte das Team als fester Ansprechpartner fungieren: Die Mitglieder der Szene unterstützten einander im Rahmen der Selbsthilfe insofern, als dass Personen, die Hilfebedarf äußerten, über bereits bekannte Adressat*innen direkt an Drop Out Mitte vermittelt wurden.

Fast das gesamte Jahr über waren Gruppen von EU-Bürger*innen im Fokus der am Hauptbahnhof arbeitenden sozialen Organisationen, der Behörden, der BVG, deutscher Adressat*innen vor Ort sowie auch der Anwohner*innen. Es gab einige Vernetzungstreffen des Bezirkes dazu, die als Sondersitzungen der AG EU-Zuwanderung abgehalten wurden. Dort wurde versucht, bedarfsgerechte Unterstützungsan-

Für einen Tagestreff am Alex

#forderungen

#alexanderplatz

Der große Zulauf beim Hofbräuhaus am Alex zeigte den Bedarf für einen festen Tagestreff vor Ort. Unsere Forderungen sind hier nachzulesen:

<https://gangway.de/bald-eine-neue-perspektive-am-alex-unsere-forderung/>

gebote zu besprechen, welche an die Gruppen herangetragen werden sollten. Die Kontaktaufnahme gestaltete sich für alle als schwierig und die Unterbringungs- und Unterstützungsangebote entsprachen offensichtlich nicht der Lebenswelt der Menschen. Es kam immer wieder zu Räumungen – diese veranlassten die Gruppe, zwischen zwei Orten hin- und her zu pendeln. Unsere Anregungen für lebensweltorientierte Ansätze in der Arbeit mit der Gruppe wurden vom Bezirk leider nicht umgesetzt.

Wettbewerblicher Dialog ULAP-Quartier

Die Berücksichtigung der Bedarfe der Adressat*innen der Straßensozialarbeit schien nicht nur in der Planung rund um das Haus der Statistik Anklang zu finden. Das Team konnte sich auch im Bereich des Hauptbahnhofs Gehör verschaffen und somit seinem politischen Mandat nachkommen, stellvertretend, für unsere Adressat*innen wichtige Prozesse, entsprechende Sichtweisen und Ideen einzubringen. Im Zeitraum von Juni bis Dezember 2021 wurde die städtebauliche Planung um das ULAP-Quartier im Format eines „wettbewerblichen Dialogs“ durchgeführt. Mit den Zielen, ein lebendiges Quartier zu schaffen, eine starke Vernetzung mit der Umgebung sicherzustellen sowie einen Ort für Nachbarschaft zu gestalten, wurde das Verfahren begonnen. Dabei bemühten sich fünf Planungsteams, die sich aus Landschaftsarchitekt*innen, Stadtplaner*innen sowie Architekt*innen zusammensetzten, mit ihrem Vorschlag der Neubebauung und Freiraumgestaltung des Areals das Verfahren zu gewinnen.

Die AG Urban hat dafür ein Bürgerbeteiligungsverfahren ins Leben gerufen, an dem die Anwohner*innen als stark von dem Umbau betroffene Nutzer*innengruppe im Rahmen von zwei Planungswerkstätten ihre Bedenken sowie Zustimmung hinsichtlich der vorliegenden Entwürfe der Planungsteams diskutieren konnten.

Als vor Ort beteiligte Akteure wurde auch das Team Drop Out Mitte eingeladen, an der ersten Bürgerbeteiligung sowie der Planungswerkstatt teilzunehmen. Wir hatten die Aufgabe, die Bedarfe advokatisch einzubringen, die durch die Versorgung in der zukünftigen Infrastruktur als Teil des ULAP-Quartiers gedeckt werden sollen. Am „Werkstatt“-Tisch um das Thema „Soziales“ gingen wir mit interessierten Bürger*innen in den Austausch. Die Planungsteams konnten dabei weitere Ideen zur Adaption ihrer Entwürfe sammeln.

Im Rahmen der Zwischenpräsentation wurden das Team eingeladen, die gesammelten Bedarfe auf der Bühne am Mikrofon direkt an die Bürger*innen sowie Interessierte weiterzugeben. Wir benannten strukturelle sowie soziale Veränderungen, mitbedingt durch Verdrängungseffekte innerhalb der nahen Umgebung des ULAP-Quartiers ebenso wie potenzielle Konflikte und konfliktauslösende Faktoren. Im weiteren Verlauf gingen wir auch auf mögliche Konflikte ein, die sich aus der Anordnung der in Zukunft in den Gebäuden ansässigen Institutionen für die Zielgruppe der wohnungs- bzw. obdachlosen Menschen ergeben könnten. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen nahm eine schriftliche Stellungnahme zu den eben genannten Themenkomplexen entgegen und ließ sie in die weiteren nötigen Planungsschritte einfließen. Eine konkrete Ausgestaltung, wie den Bedarfen nachgekommen werden soll und welche Synergieeffekte entstehen sollen, gab es bis zum Abschluss des Verfahrens noch nicht.

Was sich jedoch als sehr positiv für das Team Drop Out Mitte herausstellte, war, dass die Entwürfe, die jeweils in die nächste Runde gewählt wurden, auch der Infrastruktur für die Adressat*innen der Sozialen Arbeit mehr Aufmerksamkeit geschenkt haben. Somit ist neben der Idee, Straßensozialarbeit vor Ort zu ermöglichen, auch die Idee entstanden, Beratungs- und Aufenthaltsräume, Grundversorgung sowie Hygienemöglichkeiten vor Ort zu verankern.



Kurfürstenstraße

Die pandemische Lage war, wie bereits im Vorjahr, besonders stark im Kurfürstenkiez zu spüren: Die ohnehin geringen Versorgungs- und Beratungsangebote vor Ort mussten Corona-bedingt ihre Besucher*innenzahlen einschränken, was den Mangel noch einmal verschärfte. In der Kurmärkischen Straße wurde zum Start der Kältehilfe 2021/2022 eine zweite Notübernachtung eröffnet, welche nach wenigen Tagen bereits voll war.

Die bereits 2020 stark beschleunigte Gentrifizierung nahm in diesem Jahr massiv zu; Baustellen wurde ausgeweitet, sodass es nicht selten dazu kam, dass der Standort des Beratungsbusses zugesperrt war – entweder von Bewohner*innen des neuen Hauses direkt davor oder von Mitarbeitenden der Baustelle des neuen Wohngebäudes, welche sich auch über Teile der Straße erstreckte.

Bei Polizei- und Taschenkontrollen gestalteten sich die Konsequenzen milder als im Vorjahr: Bei uns entstand auch das Bild, dass die Polizei eher vor Ort war, um die Sicherheit der Frauen* zu erhöhen anstatt die Sexarbeiter*innen im Rahmen der Corona-Regelungen durch

das Verbot von Sexarbeit zu kriminalisieren und Stigmatisierungen zu verfestigen.

In einer Zeit fehlender Hilfsangebote durch die Corona-Maßnahmen konnten wir durch die kontinuierliche Arbeit mit dem Beratungsbuss Arbeitsbeziehungen intensivieren, auch wenn der Bus nicht als Möglichkeit zum Aufwärmen und Austausch genutzt werden konnte. Er diente jedoch als Erkennungs- und Anziehungspunkt für die Frauen*, vor dem sich das ein oder andere Beratungsgespräch ergab.

Im Jahr 2021 wurde der „Runde Tisch Obdachlosigkeit“ ins Leben gerufen, welcher bisher Corona-bedingt nicht stattfinden konnte, aber Hoffnungen auf einen guten Austausch im kommenden Jahr aufwirft. Wichtig für die Arbeit in diesem Jahr war die gute Vernetzung mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg, welches uns bat, die konkreten Bedarfe der Menschen vor Ort zu benennen: Als besonders wichtig erschienen dem Team dabei Abwurfboxen für Drogenkonsumartikel, welche in unzureichender Menge im Kiez vorhanden sind, sowie die Installation von Nachtluchtern, welche durch eine bessere Ausleuchtung bei Nacht das Sicherheitsgefühl stärken können. Im Jahr 2021 wurde im Stadtteil ein Kiezrund-

gang durchgeführt, bei dem neben den anässigen sozialen Trägern unerwartet auch uniformierte Polizeibeamte des Abschnitts anwesend waren. Darauf beschlossen wir, nicht an dem Rundgang teil zu nehmen. Adressat*innen hätten uns vor Ort mit der Polizei sehen können, womit wir einen potenziellen Vertrauensverlust und damit für unsere Arbeit schwerwiegende Folgen riskiert hätten. Die Frauen* stehen durch die Sexarbeit sowie die Beschaffungskriminalität im besonderen Fokus der Polizei. Grundsätzlich gilt für die Straßensozialarbeit der professionelle Standard, sich klar von sicherheits- und ordnungsrechtlichen Behörden abzugrenzen und niemals auf der Straße sichtbar für Adressat*innen gemeinsam aufzutreten.

Menschen mit psychischen Auffälligkeiten

Im Winter letzten Jahres hat das Team die Beobachtung gemacht, dass es sich bei nicht untergebrachten Menschen, die während der Rundgänge anzutreffen waren, oft um Menschen mit starken psychischen Auffälligkeiten handelte. Für diesen Personenkreis gibt es ungenügend Hilfsmöglichkeiten bzw. müssten Hilfen individueller ausgestaltet werden. Bei Hilfen in diesem Bereich kommt das in der Sozialen Arbeit übliche Spannungsfeld zwischen individuellen und gruppenorientierten Angeboten besonders zum Ausdruck: Gesetzliche Rahmenbedingungen bieten nicht für jede Person die nötige Unterstützung und oft kann mit vorhandenen Hilfsmöglichkeiten individuellen Bedarfen nicht nachgekommen werden.

Aus diesem Konglomerat von Gedanken heraus hat sich im Jahr 2021 die Unterarbeitsgruppe „Salutogenese to go“ (UAG STG) aus einigen Mitgliedern des AK City herausgebildet. Die UAG STG beschäftigt sich damit, vor allem im Bereich der psychiatrischen Hilfen Lücken aufzuspüren und nach Möglichkeiten zu suchen, diese zu schließen. Das Team Drop Out Mitte war im Jahr 2021 sehr oft damit beschäftigt, an Stelle der augenblicklichen Ohnmacht Lösungen zur Weitervermittlung zu finden. Wir sind letztlich nicht nur wegen der Suche nach Orientierungspunkten Gründungsmitglied der UAG STG.

In diesem Jahr wurde der MHFA-Kurs („Mental Health First Aid“) über den Träger angeboten, welcher der daran teilnehmenden Teamkollegin mehr Sicherheit und Basiswissen im Umgang bzw. in der Differenzierung psychiatrischer Störungsbilder geben sollte. In der täglichen Arbeit können somit Gefahrensituationen schneller erkannt und darauf reagiert werden.

Mental Health First Aid

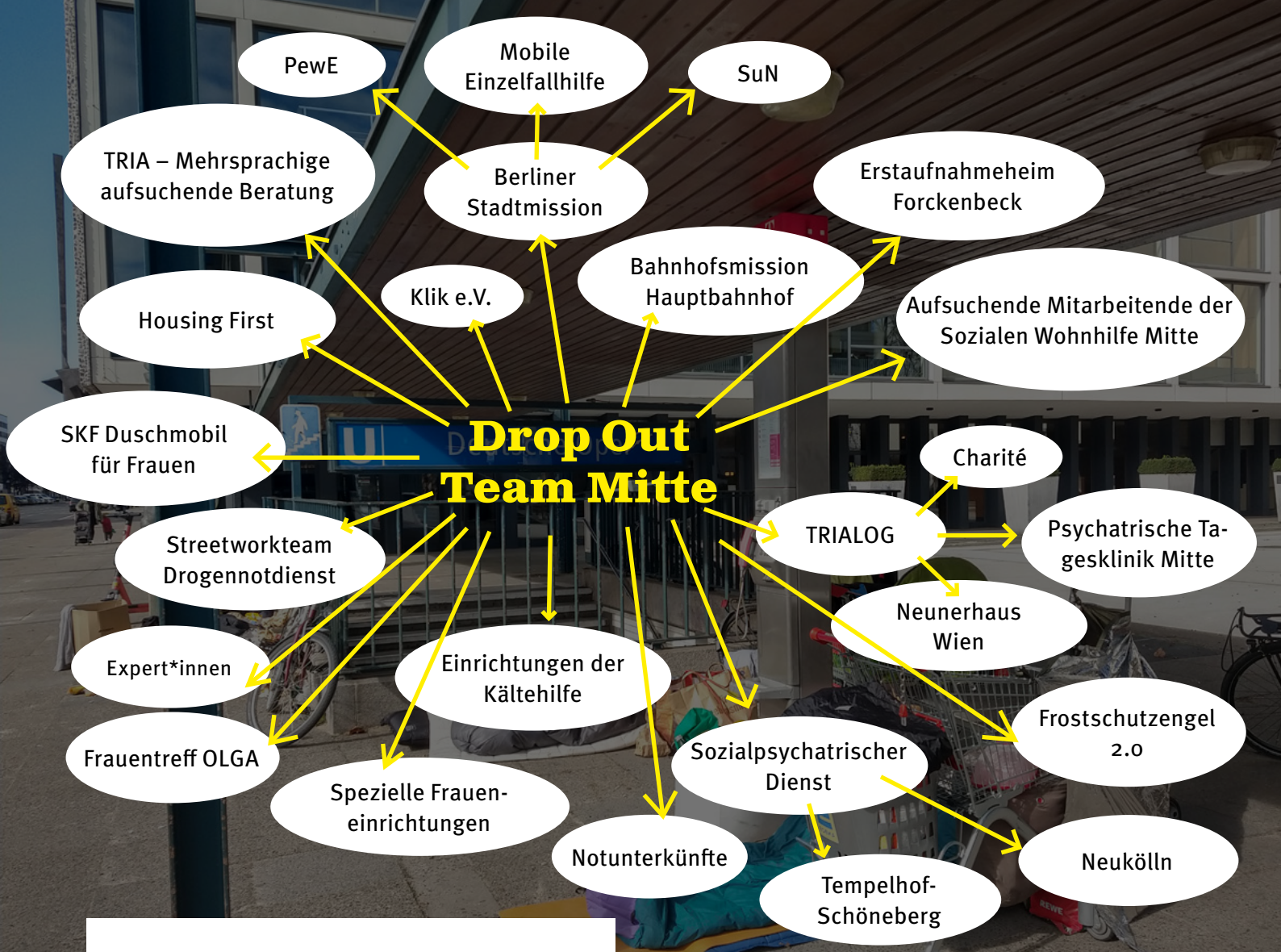
#ersthilfe

#fürdieseele

Bereits 2020 hat Gangway eine Mental Health First Aid-Instruktorin ausbilden lassen, die seither Kollegen und Kolleginnen für den Umgang mit Menschen mit Panikattacken, Depressionen, Suizidabsichten und Psychosen schult.

<https://www.mhfa-ersthelfer.de/de/>

Neben dem Austausch mit zwei Sozialpsychiatrischen Diensten Berlins sowie der Besichtigung von Einrichtungen über die UAG kam es auch zur Vernetzung mit dem Mobilien Medizinischen Dienst in Köln sowie der Straßensozialarbeit in Hamburg. Die Herausforderungen des Corona-Alltags bewegten das Team dazu, mit dem Mobilien Medizinischen Dienst in Kontakt zu treten und Erfahrungen des Alltags zu erfragen. Da dieser ein aufsuchendes Suchtclearing auf der Straße durchführt, wurde im Team die Frage aufgeworfen, ob denn nicht auch aufsuchendes Clearing im Bereich der Wohnungslosenhilfe hilfreich sein kann, um eine direkte Vermittlung bedarfsgerecht zu gewährleisten. Es bot sich im Rahmen einer Veranstaltung zu psychisch Erkrankten und Obdachlosigkeit (TRIALOG) die Möglichkeit, dass sich das Team mit einem teilnehmenden pensionierten Psychiater unterhielt, der unentgeltliche Begleitung bei den Rundgängen anbot. Durch ihn konnte eine entscheidende Perspektive eingebracht werden, weshalb das Team die Idee der gemeinsamen aufsuchenden Arbeit weiterverfolgen wird.



Drop Out Team Mitte

Hinter der Idee des TRIALOG steckt die Teilhabe auf Augenhöhe, welche durch einen Austausch von (ehemals) Betroffenen, Angehörigen sowie Expert*innen konkretisiert wird. Besonders zentral sind ein offener Diskurs sowie ein Perspektivwechsel, der sich daraus oft ergibt und von allen Teilnehmenden begrüßt wird. Im Rahmen dieses Treffens konnte auch der Kontakt zur Tagesklinik in der Müllerstraße hergestellt werden, der im Jahr 2022 intensiviert wird.

Vernetzung 2021

Gerade durch die Corona-Pandemie wurde deutlich, dass ein kurzer Draht innerhalb der sozialen Trägerlandschaft sehr hilfreich ist. Viele Einrichtungen und Träger veränderten pandemiebedingt Öffnungszeiten oder mussten schließen. Durch enge Vernetzung konnte sichergestellt werden, dass wir stets auf aktuellem Stand waren beziehungsweise diesen jederzeit schnell erreichen konnten. Aber

auch sonst spielt die Vernetzung mit anderen Trägern eine wichtige Rolle in unserer Arbeit. Wir verstehen uns als Verbindungspunkt zwischen dem sozialen Hilfesystem und den Adressat*innen auf der Straße. Dabei ist es unumgänglich, die Einrichtungen und deren Arbeit zu kennen, um eine adäquate Vermittlung gewährleisten zu können. Nur so können wir sichergehen, dass wir die Adressat*innen in für sie passende Angebote weitervermitteln. Weiterhin stellt auch die enge Vernetzung mit Kolleg*innen aus anderen Bereichen einen großen Vorteil dar, um fachlichen Rat erfragen zu können und im Interesse der Adressat*innen gegenseitige Kooperationen einzugehen. Daher haben wir im Jahr 2021 versucht, uns noch besser und enger im Hilfesystem zu vernetzen und konnten dies mit verschiedensten Akteur*innen umsetzen. Im Folgenden sollen die Vernetzungspartner*innen dieses Jahres grafisch dargestellt werden.

Ausblicke für 2022

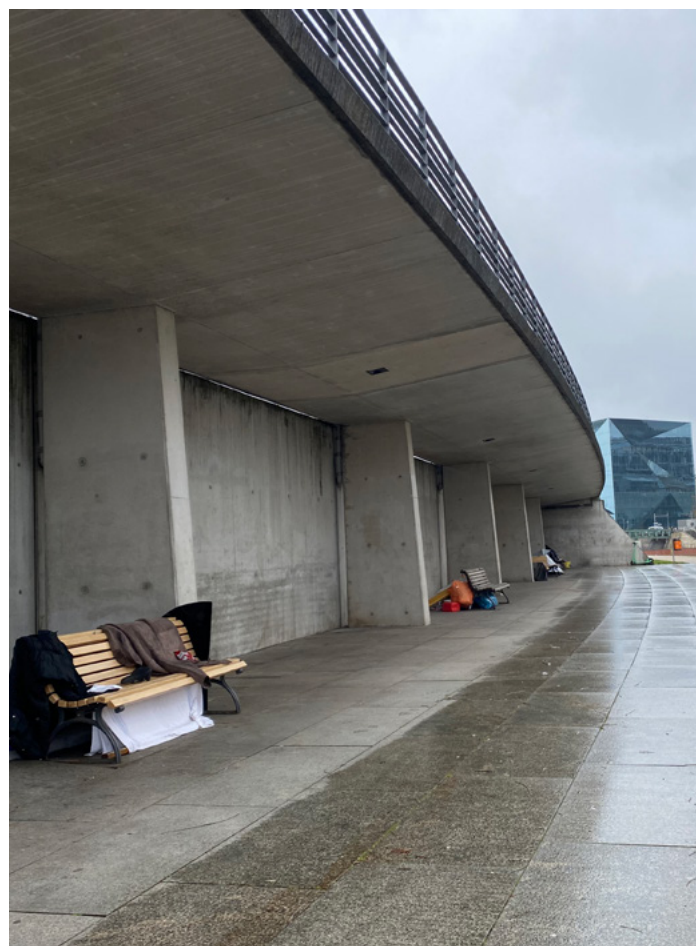
Haus der Statistik (HdS) und die AG „Soziales Dorf“

Um das Haus der Statistik noch vor Baubeginn wieder mit Leben zu füllen, belegen Pioniernutzungen die Erdgeschossflächen des Bestandsbaus. Während der Planungs- und Bauphase werden so im Bestand mögliche spätere Nutzungen getestet. Wegen der anstehenden Bauphase in den Erdgeschossflächen werden bis April 2022 im umliegenden Außenbereich Container aufgestellt, die diese Pioniernutzungen weiter ermöglichen und die damit verbundenen Vernetzungsprozesse unter den Akteur*innen intensivieren sollen. So entstand zwischen einzelnen sozialen Akteur*innen auch die Idee des „Sozialen Dorfes“ innerhalb der Containerstruktur, die der verstärkten Zusammenarbeit und zum Ausprobieren unterschiedlicher Ideen und Angebote dienen soll.

Das Team Drop Out Mitte wird 2022 die Arbeit inhaltlich intensivieren, den Prozess weiter aktiv begleiten und sich an der Umsetzung einzelner Veranstaltungsformate beteiligen. Wir nehmen hierzu regelmäßig an der AG „Soziales Dorf“ teil. Unser Ziel ist es, den Ort und die räumlichen Möglichkeiten direkt am Alexanderplatz auch für und mit Adressat*innen zu etablieren. Dies soll in Zusammenarbeit mit anderen Akteur*innen geschehen. Wir verfolgen unser Anliegen weiter, dass am Alexanderplatz langfristig Grundstrukturen in Form eines Tagestreffs entstehen, ähnlich denen, die im benachbarten Hofbräuhaus während der Kältehilfesaison 2020/2021 und erneut 2021/22 zeitlich begrenzt vorhanden waren.

Wiederbelebung der Initiative Alexanderplatz

Die „Ini Alex“ existiert seit gut drei Jahren nicht mehr. Der produktive Austausch zwischen sehr unterschiedlichen Akteur*innen mit sehr verschiedenen Sichtweisen und Aufgaben (u.a. Polizei, Ordnungsamt, Grünflächenamt, Vertreter*innen aus Bezirks- und Senatspolitik, Anwohner*innen, Straßensozialarbeit, Platzmanagement Alexanderplatz für junge Menschen, WBM, Investor*innen,



Gewerbetreibende, Kirchengemeinde) ist für den Alexanderplatz zum Erliegen gekommen. Informationen zu anstehenden Veränderungen im Sozialraum sowie die Einflussnahme auf Vorhaben anderer Akteur*innen im Sinne unserer Arbeit und Adressat*innen sind derzeit kaum möglich.

Wir haben deshalb im Herbst 2021 den Präventionsrat des Bezirks Mitte angeregt, das Format so oder ähnlich wieder zu beleben. Unsere Forderung wurde an den seit Februar 2019 zuständigen „Alexanderplatz-Koordinator“ Herrn Richter weitergeleitet. Dieser teilte uns im Dezember 2021 mit, dass zu Beginn des Jahres 2022 ein entsprechendes Treffen von ihm initiiert wird. Wir werden an diesem teilnehmen, Folgetreffen einfordern und uns entsprechend an der Wiederbelebung eines wieder regelmäßig stattfindenden Gremiums zum Sozialraum beteiligen. Letztlich wollen wir hierüber wieder gezielter Lobbyarbeit leisten und auf Veränderungen besser vorbereitet sein (z.B. Baumaßnahmen, polizeiliche Maßnahmen am Platz etc.).

Team Neukölln

Etablierung der Arbeit und Vernetzung im Bezirk

Wir konnten im Jahr 2021 uns und unsere Arbeit im Bezirk etablieren. Durch regelmäßige Rundgänge auf den Straßen und den Grünflächen des Bezirkes konnten wir einen sehr guten Überblick über die Orte gewinnen, an denen sich die wohnungslosen Menschen aufhalten, und mit ihnen in Kontakt treten. Durch den kontinuierlichen Kontakt und unsere Hilfsangebote für die einzelnen Adressat*innen konnten wir einen guten Grundstein für die Beziehung zu den Menschen legen und somit gegenseitiges Vertrauen aufbauen. Ein Zeichen dafür, dass unsere Arbeit wertgeschätzt wird, ist, dass die Wohnungslosen sich gegenseitig empfehlen, unser Angebot anzunehmen. Ebenfalls konnten wir an Projekten mitwirken. So waren und sind wir Teil des Projektes „Fair Play im Park“ unter der Trägerschaft des Grünflächenamtes. In

Fair Play im Park

#initiative

#neukölln

„Fair Play im Park“ ist eine Initiative in und für Neuköllner Parks. Auf der Grundlage des Berliner Grünanlagen-gesetzes strebt „Fair Play im Park“ ein friedliches und zufriedenes Nebeneinander aller Nutzer*innengruppen an. „Fair Play im Park“ will den Zustand und die Aufenthaltsqualität von Neuköllner Parks verbessern. Es will die Wertschätzung von Grünanlagen und den respektvollen Umgang der Parkbesucher*innen miteinander fördern. „Fair Play im Park“ ist eine neue Form der Parkbetreuung. „Fair Play im Park“ ist offen für alle und kostenlos.“ (aus dem Projektflyer)

https://www.berlin.de/gropiusstadt-be-wegt/assets/2021_fair_play_im_park.pdf

diesem Zusammenhang beteiligten wir uns an einem Parkfest in der Hasenheide, bei dem wir unsere Arbeit präsentierten und mit den Teilnehmenden ins Gespräch kamen.

Damit die Arbeit mit den Adressat*innen reibungslos laufen kann, brauchen wir natürlich auch die Vernetzung zu den anderen Hilfeinrichtungen im Bezirk und ganz Berlin. Diese ist uns sehr gut gelungen. So haben wir zu allen relevanten Vernetzungspartnern Kontakt und sind im Austausch. Damit geht die Vermittlung an die adäquaten Hilfeinrichtungen schneller und unkomplizierter. Das ist unabdingbar für unsere Arbeit auf der Straße. Je kürzer die Wege sind, desto leichter können wir vermitteln.

So stehen wir in sehr engem Kontakt mit der Sozialen Wohnhilfe und können oftmals mit nur einem Anruf die Dinge ins Rollen bringen. Aber auch mit diversen Übergangshäusern, Beratungsstellen, Notübernachtungen und Tagesstätten haben wir engen Kontakt und können somit langwierige Wartezeiten verhindern.

Ein wunderschönes Beispiel dafür ist:

Wir haben einen obdachlosen Mann kennengelernt. Über einige Wochen haben wir ihn regelmäßig auf der Straße getroffen, mit ihm gesprochen und ihm Angebote gemacht. Nach einiger Zeit sagte er uns, er möchte an seiner Situation etwas ändern. Daraufhin haben wir in seiner Anwesenheit im Übergangshaus angerufen und konnten schon für die nächste Woche ein Aufnahmegespräch für ihn vereinbaren. Zwei Wochen später war er dort eingezogen. Kurz darauf kam der Mann mit einem Freund, der ebenfalls obdachlos war, auf uns zu und sagte, sein Freund benötige auch eine Unterkunft. Auch ihn konnten wir innerhalb von einer Woche in das Übergangshaus vermitteln.

Ein wesentlicher Teil der wohnungslosen Menschen hat zusätzlich eine Suchtproblematik. Das ist eine zusätzliche Herausforderung für unsere Arbeit mit diesen Menschen – einerseits durch die Suchterkrankung und deren Begleiterscheinungen an sich, andererseits aber auch, da es sehr wenige Wohnungsloseneinrichtungen mit akzeptierender Drogenpolitik gibt. Da wir als Streetworker*innen für wohnungslose Menschen den Auftrag nicht in der Suchtberatung haben, arbeiten wir sehr eng mit Fixpunkt zusammen. Diese ergänzende Arbeit mit regelmäßigen gemeinsamen Rundgängen hat sich als sehr effektiv und wertvoll erwiesen. So beraten und unterstützen die Kolleg*innen von Fixpunkt zum Thema Sucht und wir zum Thema Wohnen und Unterkunft.

Trotz der Etablierung im Bezirk, die uns sehr gut gelungen ist, hatten wir auch mit internen Schwierigkeiten zu kämpfen. Durch das krankheitsbedingte Ausscheiden eines Teamkollegen hatten wir einige Monate mit einer Unterbesetzung zu kämpfen – gar nicht so leicht, in dieser Zeit eine für den Anfang so wichtige Kontinuität herzustellen. Glücklicherweise konnten wir nach einigen Monaten einen neuen Kollegen gewinnen.

Unser Resümee ist trotz der Unterbesetzung ein gutes und wir sind mit den Ergebnissen des letzten Jahres weitestgehend zufrieden.

Obwohl wir für den gesamten Bezirk Neukölln zuständig sind, können wir derzeit leider nur den Bereich innerhalb des Ringes regelmäßig und den Rest des Bezirks nur in Einzelfällen aufsuchen. Allerdings wären die Bedarfe im gesamten Bezirk vorhanden. Aufgrund unserer aktuell begrenzten personellen Ressourcen können wir nicht

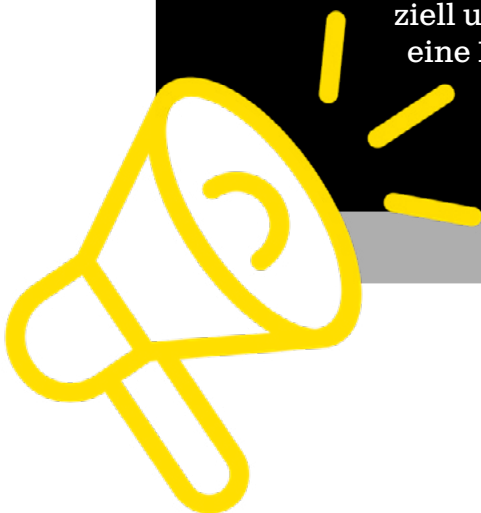
den Bedarf des gesamten Bezirkes abdecken.

Wir konnten feststellen, dass es kein ähnliches Angebot wie das unsere im Bezirk gibt oder gab. Wir sind daher auf sehr viel positive Resonanz von allen Seiten gestoßen. So wurden wir teilweise geflutet mit Hinweisen und Bitten, Wohnungslose aufzusuchen – sowohl von besorgten Bürger*innen als auch vom Bezirksamt oder anderen sozialen Einrichtungen. Wir haben sehr viele Informationsgespräche geführt und Aufklärungsarbeit geleistet. Da wir von so vielen Stellen immer wieder um Rat und Unterstützung gebeten wurden, möchten wir hier aber nochmals auf unsere Standards der Straßensozialarbeit verweisen und einige Punkte klarstellen:



Straßensozialarbeit ist ein freiwilliges Angebot, das größtenteils auf Vertrauensbasis und Beziehungsarbeit aufbaut. Eine Feuerwehrfunktion, sprich schnell vor Ort zu sein und akute Maßnahmen anzubieten oder Menschen nach einmaligem Aufsuchen unterzubringen, funktioniert nicht. Wir werden prinzipiell erst dann aktiv, wenn wir das Mandat der wohnungslosen Person bekommen haben. Das kann manchmal sehr lange dauern, denn davor bauen wir eine Beziehung auf. Die meisten Menschen nehmen Hilfe und Unterstützung nicht einfach so an, sondern brauchen eine Vertrauensbasis, damit sie überhaupt erst an den Punkt kommen. Daher ist es auch so wichtig, regelmäßig an denselben Orten unterwegs zu sein, und ist der Grund dafür, dass wir mit den momentanen Stellenkapazitäten nur innerhalb des Ringes aufsuchend tätig sind.

Ein weiterer sehr wichtiger Punkt ist die klare Abgrenzung zu ordnungs- und sicherheitspolitischen Aufträgen. Eine Vertrauensbasis zu den Adressat*innen kann nur dann gewährleistet sein, wenn wir mit ihnen auf Augenhöhe arbeiten und ihnen nicht als potentieller „Feind“ gegenüberstehen. Teil unsere Arbeit ist es, die Interessen der wohnungslosen Menschen anwaltschaftlich zu verteidigen und Sprachrohr für sie zu sein. Dazu gehört, gegenüber Polizei, Ordnungsamt und Bezirk klar zu machen, dass es Orte und Plätze braucht, die Wohnungslose nutzen können. Eine Verdrängungspolitik ist niemals eine Lösung, sondern nur eine Verlagerung der Situation, die immer auf Kosten der wohnungslosen Menschen geht. Als Ergebnis einer repressiven Verdrängungspolitik durch die Ordnungsämter Berlins ist eine Fluktuation der wohnungslosen Menschen zu beobachten. Sie kommen nicht von der Straße weg, sondern wandern von einem Bezirk zum nächsten mit der Hoffnung, dort einen Platz zum Leben zu finden, von dem sie nicht wieder verdrängt werden. Das macht auch ein Hilfsangebot unsererseits potenziell unmöglich, da wir Menschen, zu denen wir eine Beziehungsebene geschaffen haben, möglicherweise nicht mehr antreffen.



Anhand unserer Fallzahlen kann man sehen, wie viele Menschen im Bezirk Neukölln obdachlos sind. Dennoch gibt es sehr wenige – unserer professionellen Einschätzung nach zu wenige – Hilfsangebote im Bezirk:

- Nur eine Tee- und Wärmestube, die nur vier Tage die Woche und über die Pandemie oftmals weniger geöffnet hatte;
- zwei Notübernachtungen, wobei die eine davon nicht sehr gut mit den öffentlichen Verkehrsmitteln und fußläufig sehr schwierig erreichbar ist.
- Keine dieser Einrichtungen hat eine akzeptierende Drogenpolitik, obwohl klar ist, dass gerade in Neukölln sehr viele Menschen mit Suchterkrankung auf der Straße leben – und trotzdem ist es verboten, dort zu konsumieren.
- Es gibt keine medizinische Versorgung im Bezirk für Menschen ohne Krankenversicherung.
- Für Menschen, die nicht Deutsch sprechen, gibt es keine Angebote.

Das ist ein Armutszeugnis und sollte unserer Einschätzung nach dringend geändert werden. Denn nur, wenn eine Versorgung auch nah zur Verfügung gestellt wird, können die Menschen sie wahrnehmen. Hierbei ist zu beachten, dass sehr viele arme Menschen sich die ÖPNV-Tickets nicht leisten können und im Zweifelsfall eine Anzeige riskieren, wenn sie mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu Hilfeeinrichtungen fahren müssen. Dazu kommt, dass viele Menschen krankheitsbedingt nicht sehr gut zu Fuß sind und die weiten Wege nicht bewältigen können.

Wir beobachten eine Verschlechterung der Lage armer Menschen. Um mit aufkommender Frustration umzugehen, unterstützen wir uns gegenseitig im Team. Dafür nehmen wir regelmäßig auch Supervisionen in Anspruch, um reflektiert, professionell und motiviert zu bleiben, damit wir für unsere Adressat*innen weiterhin Ansprechpartner*innen und Sprachrohr sein können.

Team Xhain

Einleitung

Das Jahr 2021 war für unser Team sehr ereignisreich. Alte Kontakte wurden intensiviert und neue hergestellt. Unsere Tätigkeiten wurden nach wie vor durch die Pandemie erschwert. Daran konnten wir unsere Arbeit entsprechend anpassen und sogar ähnlich wie bisher ausüben. Unsere gewöhnlichen Runden erweiterten sich um eine neue Runde und viele sogenannte Erkundungstouren. Zu den bisher aufgesuchten Orten (Friedrichshain Nord, Friedrichshain Süd, die ehemaligen Postzustellbezirke Kreuzberg 36 und Kreuzberg 61) ist eine neue feste Runde im Görlitzer Park dazugekommen. Wir haben uns entschieden, diese wöchentlich durchzuführen, da die Nachfrage besonders im Herbst und Winter groß ist. Im Gegensatz zu unseren anderen Runden machen wir die Strecke hauptsächlich zu Fuß und begegnen dabei vielen Menschen, die unsere Unterstützung benötigen. Eines unserer Lastenräder ist natürlich stets dabei.



Die Runde findet parallel zu der in Friedrichshain Nord statt. Daher wird diese, je nach personellen Möglichkeiten, durch die Kolleg*innen aus dem CoLab bzw. Jugendteam Kreuzberg unterstützt. Diese gemeinsame Zeit hilft dabei, uns untereinander sowie im Kiez zu vernetzen. Die öfter stattfindenden Erkundungsrunden sollen dazu dienen, neue Entwicklungen in den Kiezen wahrzunehmen.

Im Jahr 2021 haben wir, neben unserer allgemein sehr intensiven Arbeit mit Adressat*innen, besonders viel Energie in politische Arbeit und Vernetzungen investiert.

Räumung und Unterbringungen

Räumung und Besetzung – zwei Ereignisse, die unterschiedlicher nicht sein könnten, prägten die Arbeit des Teams Drop Out Xhain im Jahr 2021. Die größte Räumung betraf die Rummelsburger Bucht und den Containerbahnhof. Die Besetzung betraf die Habersaathstraße 40-48 in Mitte. Sowohl die Räumung der Rummelsburger Bucht als auch eine Besetzung der Habersaathstraße und die Prozesse, die dort stattfanden, wurden bereits im Jahresbericht 2020 beschrieben. Dieses Jahr gingen die Entwicklungen weiter.

Räumung der Rummelsburger Bucht

Am Freitag, den 05. Februar gegen 22:00 Uhr wurde das Obdachlosenlager an der Rummelsburger Bucht geräumt. Laut offizieller Begründung des Bezirksamtes Lichtenberg ging es dabei darum die Menschen vor der aufziehenden Kältefront zu schützen, es sei Gefahr für Leib und Leben gegeben. Abgesprochen wurde mit den dort lebenden Menschen gar nichts. Sie wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Wer wollte, wurde in Hostels der Kältehilfe untergebracht. Obwohl das ganze relativ kurzfristig beschlossen wurde, standen pünktlich zur Auflösung des Lagers zusätzliche Plätze in der Kältehilfe zur Verfügung, was nach unserer Erfahrung nicht ganz kurzfristig zu bewerkstelligen ist. Am nächsten Vormittag waren bereits Bagger auf dem Gelände, die dabei waren Teile des Lagers zu zerstören.

Die Frustration im Team und bei unseren Adressat*innen bezüglich der Räumungen Anfang und Mitte des Jahres 2021 wurde durch die erfolgreiche Besetzung Ende des Jahres gemildert. Nichtsdestotrotz war das Team mit den Folgen der Räumungen das ganze Jahr über konfrontiert. Die Unterstützung der zahlreichen Adressat*innen aus der Rummelsburger Bucht, die ohne jegliche Bleibe mitten im Winter auf den Straßen zurückblieben, erwies sich als besonders schwierig. Zum einen, weil die Menschen dort ihren Schlafplatz verloren haben und dementsprechend verzweifelt und misstrauisch externen Personen gegenüber waren. Zum anderem, weil dadurch viele Menschen in Not gerieten, für die passende Angebote gefunden werden mussten. Einigen wurde zwar ein temporäres Unterbringungsangebot gemacht, viele wollten oder konnten jedoch nicht darauf zugreifen. Unsere regelmäßigen Runden mit der mobilen Beratung, im Gepäck heiße Getränke und Sachspenden, halfen zumindest ein wenig. Die Räumung des Containerbahnhofs brachte weitere Menschen mit ähnlichen Problemlagen auf die Straßen. Für unsere Arbeit im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg bedeutet dies, dass sich die Konstellationen der angetroffenen Gruppen teilweise geändert haben. Wir waren an Prozessen wie der Anmeldung beim Sozialamt aktiv beteiligt und konnten durch Übersetzungen und Begleitungen unterstützen.

Ein weiteres positives Beispiel für Unterbringungen ist das Projekt „SuN – Schutz und Neustart für Menschen ohne Obdach“ in der Auguststraße 82. Die SuN ist ein 24/7 Projekt, welches Personen ab 18 Jahren eine Unterkunft ermöglicht. Wir konnten viele unserer Adressat*innen dort unterbringen, vor allem diejenigen, die keinen Zugang zu Sozialleistungen haben und deswegen von vielen Unterbringungsmöglichkeiten ausgeschlossen sind. Die Unterkunft wurde im Herbst eröffnet. Dieser Zeitpunkt wurde von uns sehr begrüßt, da einige unserer Adressat*innen die kalte Jahreszeit nicht draußen verbringen mussten und die Dauer des Aufenthaltes in der SuN bis zu zwei Jahre möglich ist. Die Personen, die dort woh-

nen, werden nicht nur untergebracht, sondern mit vielen passenden Unterstützungsangeboten versorgt. Das Ziel ist es, den Menschen zum selbstständigen Leben zu verhelfen und ihnen einen Neustart zu ermöglichen. Dennoch muss auch festgehalten werden, dass die Plätze innerhalb des Projektes begrenzt sind und daher viele, die gerne untergekommen wären, auf einer langen Warteliste landeten.

Arbeiten im CoLab

In diesem Jahr spielte das Community Labor (CoLab) für unser Team eine noch größere Rolle als zuvor. Bereits seit Juli 2020 wird der ehemalige Kreuzer von Gangway – Straßensozialarbeit in Berlin e.V. in Kooperation von Fixpunkt e.V., Joliba e.V. und T.E.K. e.V. betrieben. Die umfangreichen Räumlichkeiten des Gebäudes im Görlitzer Park werden sowohl als Arbeitsplatz als auch für unterschiedlichste Angebote genutzt. Für uns dient das CoLab vor allem als Begegnungsstätte mit unseren Adressat*innen, als Austauschmöglichkeit mit den Kolleg*innen des Jugendbereichs und den CoLab-Ansprechpartner*innen, als Raum für Veranstaltungen und als Ort, an dem unser Lastenrad für die Runden vorbereitet wird. Immer mehr Menschen im und um den Bereich des Görlitzer Parks (Wrangelkiez) sind von Obdachlosigkeit betroffen und bedroht (oder befinden sich in anderen prekären Situationen). Daher bietet das CoLab eine hilfreiche

Ergänzung zu unseren Rundgängen durch den Kiez. Dabei sind die Anliegen ähnlich wie bei unseren Rundgängen sehr vielfältig: sie reichen von der Unterstützung bei der Suche nach einem Schlafplatz, über Auskünfte zur Rechts-hilfe nach rassistischen Polizeikontrollen bis zur Nachfrage nach warmer Kleidung. Neben der Vermittlung von externen Angeboten ist es unseren Adressat*innen auch möglich, Angebote des CoLabs zu nutzen. Dazu gehören zum Beispiel die niedrigschwellige Sprachkurse, die Fahrradselbsthilfwerkstatt oder die einmal wöchentlich kostenlose juristische Beratung durch einen Rechtsanwalt.

Trotz der aktuellen Corona-Situation war es uns dieses Jahr auch möglich, kleinere Veranstaltungen im und vor dem CoLab durchzuführen. Dazu gehörte zum Beispiel ein gemeinsames Weihnachtessen mit Adressat*innen oder die gemeinsame musikalische Aktion mit dem Jugendteam Kreuzberg, bei der verschiedene Rapper*innen auftraten, die von unserem Jugendteam gefördert werden. Zudem gab es eine Küfa (Küche für alle), die die Veranstaltung auch für unsere Adressat*innen interessant machte. All dies fand natürlich unter aktuellen Hygieneregeln statt. Das CoLab als Ort der Begegnung eröffnet unserem Team die Möglichkeit, neue Menschen kennenzulernen und den Kontakt zu schon bekannten Adressat*innen zu pflegen.



Impfaktion im CoLab

Neben den eben genannten Angeboten fand in den letzten Monaten auch eine regelmäßige Impfaktion für unsere Adressat*innen im CoLab statt. Dabei haben eine Ärztin und ihr Praxisteam, mit Unterstützung von Fixpunkt e.V. und uns, an mehreren Samstagen unsere Adressat*innen gegen das Coronavirus impfen können. Die Impfaktion bot vor allem Menschen ohne Krankenversicherung die Möglichkeit, sich erst-, zweit-, und boosterimpfen zu lassen. Da viele der Menschen, mit denen wir zusammenarbeiten, sich in sehr prekären Lebenssituationen befinden, ist es notwendig, Gesundheitsangebote wie eine Impfung besonders niedrigschwellig zu gestalten. Bei der Impfaktion konnten Menschen (häufig aus der Umgebung) ohne Termin ins CoLab kommen und sich bei gemütllicher Atmosphäre impfen lassen. Zudem nahm sich die Ärztin besonders viel Zeit, um über die Impfung aufzuklären und Unsicherheiten zu minimieren. Dabei war es sicherlich hilfreich, dass viele unserer Adressat*innen den Ort und einige Mitarbeiter*innen bereits kannten. So konnten über die Monate mehr als 250 Menschen erfolgreich bei uns im CoLab geimpft werden.

Vernetzung in Kreuzberg

Auch dieses Jahr konnte sich unser Team mit verschiedenen Kiez- und Nachbarschaftsinitiativen vernetzen, austauschen und bei ihnen mitwirken.

Eine dieser Initiativen ist die Gruppe „Wrangelekiez United“, die sich aus Anwohner*innen aus dem Kiez zusammensetzt. Der Fokus der Initiative liegt hier besonders auf den ausgrenzenden und rassistischen Polizeikontrollen im Kiez, aber auch auf Themen wie Gentrifizierung, Obdachlosigkeit oder der Zuspitzung sozialer Probleme durch Corona. Ziel der Gruppe ist es, einen solidarischen Kiez zu schaffen, der Konflikten und Widersprüchen nicht nur mit Polizei und Ausgrenzung begegnet, sondern gemeinsam nach Lösungen sucht. Die Initiative „Reichenberger Kiez für Alle“ setzt sich für einen solidarischen und nachhaltigen Kiez ein. Neben der offenen Versammlung existieren unterschiedliche Arbeitsgrup-



>250
Impfdosen im
CoLab verabreicht

pen, in denen sich Nachbar*innen, Initiativen und Vereine beteiligen können. Dazu gehören zum Beispiel die AG Mobilität, die AG Müllsammel-Aktion oder die AG Armut. In letzterer konnten wir uns mit verschiedenen Menschen austauschen und unsere Erfahrungen zum Thema Obdachlosigkeit teilen.

Auch die im letzten Jahresbericht detaillierter beschriebene Initiative „Aktionsbündnis Solidarisches Kreuzberg“ solidarisiert sich mit obdachlosen und wohnungslosen Menschen. Dies geschieht beispielsweise durch direkte Angebote für Obdachlose wie die Verteilung von Thermoskannen oder die Betreuung von Gabenzäunen, aber auch durch Öffentlichkeitsarbeit wie einer Plakatkampagne, die zu verschiedenen Themen wie Drogenkonsum oder Umgang mit der Polizei aufklärt. Die Plakate wurden in verschiedenen Kreuzberger Kiezen aufgehängt.

Wir freuen uns sehr über die zahlreichen Kiezinitiativen. Neben den eben genannten Initiativen haben wir auch mit zahlreichen anderen Projekten und Trägern der Sozialarbeit zusammengearbeitet und standen im regelmäßigen Kontakt. Dazu gehört zum Beispiel die Nachbarschaftsinitiative „Kiezanker 36“, die Wohnungslosentagesstätte des Bürgerhilfe e. V. oder Drogenhilfe und Gesundheitsförderung von Fixpunkt e.V. im Görlitzer Park. Durch die Vernetzung und Zusammenarbeit konnten wir unsere Arbeit im Kiez intensivieren und stabilisieren.

Team Focus

Das Team Focus setzte seine Straßensozialarbeit an den Orten Bahnhof Zoo und Umgebung, Ostbahnhof und Umgebung sowie in Lichtenberg (Schwerpunkt Bahnhof Lichtenberg) im Jahr 2021 fort. Des Weiteren arbeitete das Team an verschiedenen Themen, die größtenteils im allgemeinen Teil dieses Berichts bereits geschildert wurden (Auseinandersetzung mit der Räumung der Rummelsburger Bucht bzw. des Bauwagenplatzes Köpenicker Straße oder den Planungen für einen Common Place an der Frankfurter Allee).

Bahnhof Zoo und Ostbahnhof

An diesen beiden Fernbahnhöfen gab und gibt es umfassende Umbauarbeiten, was zu einem beschränkten Platzangebot führt. Die Ordnungsämter agierten in diesen Bereichen während des Berichtszeitraums relativ zurückhaltend und tolerierten die Menschen im öffentlichen Raum größtenteils. Unter der Brücke in der Koppenstraße am Ostbahnhof gab es Anfang des Jahres eine Räumung mit dem Hinweis, dass dort demnächst Bauarbeiten stattfinden würden. Da dies jedoch nicht geschah, wurde die Unterführung relativ schnell wieder besiedelt. Das durch den Bezirksbürgermeister geduldete Lager an der Schillingbrücke wurde jedoch trotz dieser Duldung geräumt, die Büsche und Bäume wurden entfernt und die Grünfläche planiert und anschließend neu bepflanzt. Innerhalb des Bezirksamtes Mitte waren alle Abteilungen über die Duldung des Lagers informiert – mit Ausnahme des Grünflächenamtes, das bereits im August 2019 die Umgestaltung beschlossen hatte (zu einer Zeit, in der die Duldung schon bestand). Im Umfeld des Ostbahnhofs entstand dann ein Lager im Bezirk Friedrichshain, das von den Behörden geduldet wird. Zur Verbesserung der hygienischen Bedingungen wird den obdachlosen Menschen dort ein Dixi-Klo zur Verfügung gestellt, das einmal wöchentlich gereinigt wird. An beiden Orten setzten wir unsere Vernetzung mit anderen Angeboten fort. Am Ostbahnhof trafen wir uns mit den Kolleg*innen des Projektes „Frostschutzengel 2.0“ bzw. „TRIA“, die

in Räumlichkeiten gegenüber dem Bahnhof neben der Arztpraxis am Stralauer Platz einbezogen sind. Am Bahnhof Zoo gab es einen Austausch mit den Mitarbeitenden des „Zentrums am Zoo“ sowie ein Treffen mit der „Mobilen Einzelfallhilfe“. In allen Treffen wurden die Ansätze der Tätigkeiten vorgestellt und die Schnittpunkte eruiert bzw. Unterschiede verdeutlicht.

Lichtenberg

Die Arbeit im Bezirk Lichtenberg gestaltete sich aus unserer Sicht schwierig. Im Gegensatz zu den anderen Orten gab es hier häufig Räumungen durch das Ordnungsamt bzw. durch die Bahnsicherheit. Die Bänke auf dem Bahnhofsvorplatz, die bereits im Jahr 2020 mit der Begründung des Infektionsschutzes abgebaut worden waren, sollten nach Vorgabe des Bürgermeisters wieder aufgestellt werden. In Gesprächen mit dem Straßenamt, in denen es um die Positionierung der Bänke ging, erfuhren wir, dass der Infektionsschutz beim Abbau der Bänke ein Vorwand war und es tatsächlich um die Verdrängung der obdachlosen Menschen ging. Nachdem wir mit den Obdachlosen besprochen hatten, wo die Bänke in Zukunft stehen sollen und wir dies kommuniziert hatten, wurden drei Zweisitzer in beträchtlichen Abstand zueinander installiert, so dass ein gemeinsames Sitzen nicht möglich ist. Der Druck auf die obdachlosen Menschen führte dazu, dass nur noch wenige von ihnen hier verweilten.

Die Stelle des Platzmanagements durch den Humanistischen Verband war Anfang 2021 kurzfristig besetzt, die Platzmanagerin orientierte sich allerdings nach sehr kurzer Zeit beruflich um, so dass die Stelle dann wieder unbesetzt war, bevor im Spätsommer ein neuer Platzmanager gefunden werden konnte. Beim „Runden Tisch“ des Bezirks unter der Leitung des Sozialstadtrates Herrn Hönicke sollten Konzeptionen für den Umgang mit obdachlosen Menschen im öffentlichen Raum entwickelt werden. Hierbei wünschte sich der Bezirk ein Verfahren, in dem es Rückmeldungen der Straßensozialarbeit über obdachlose

Personen an das Bezirksamt gibt. Diesen Vorstellungen konnten wir nicht entgegenkommen, da es unseren Prinzipien von Verschwiegenheit und Anonymität sowie dem Datenschutz widerspricht.

Es gab außerdem Überlegungen, einen Common Place auf einem Gelände mit Garagen an der Sophienstraße und einen Safe Place bzw. eine Rest Area auf dem derzeitigen Parkplatz an der Ecke Einbecker Straße/Weitlingstraße zu installieren. Auch bei diesen Überlegungen gingen unsere Vorstellungen und die des Bezirks auseinander, da stets der Wunsch bestand, dass die Straßensozialarbeit hierin eine Kontrollfunktion übernimmt. Diese Planungen wurden wieder verworfen. Obwohl mit uns vereinbart war, dass Gangway e.V. der Ansprechpartner für das Thema Straßenobdachlosigkeit im Bezirk sei, gab es Planungen für einen Common Place an der Frankfurter Allee durch die Karuna Sozialgenossenschaft, ohne dass wir hierüber informiert wurden. Von diesen Planungen erfuhren wir erst aus der Zeitung, genauso wie bei der Räumung der Rummelsburger Bucht. An der Frankfurter Allee sollten ausgesuchte Wohnungslose in acht Tiny Houses einziehen und die Fläche gegenüber dem Ring-Center bewirtschaften. Jeder wohnungslosen Person sollte gestattet werden, noch eine weitere Person bei sich zu beherbergen, so dass die maximale Anzahl auf 16 beschränkt sei. Geplant war Urban Gardening, ein sog. Repair Cafe und für die Vorweihnachtszeit ein Weihnachtsmarkt. Acht bis sechzehn Personen, die dies gemeinsam organisieren und zusätzlich möglichst konfliktfrei miteinander leben sollen, müssen schon sehr gut strukturiert sein und zusätzlich über enorme soziale Kompetenzen verfügen. Das geplante Angebot kam also für weit mehr als 90 % aller Wohnungslosen nicht in Betracht. Darüber hinaus wurde

bei einer Informationsveranstaltung für die Anwohnenden des Geländes erläutert, dass sowohl auf dem Common Place als auch in dessen Umgebung keine weiteren Wohnungslosen mehr geduldet werden. Der Ort (vor allem die Gehwege unter der Brücke der S-Bahn) wurden seit geraumer Zeit von Obdachlosen genutzt. Es wurde deutlich, dass das zu schaffende Angebot jedoch nicht für diese Personen gedacht war, sondern dass diese im Gegenteil verdrängt werden sollten. Vor allem aus diesem Grund argumentierten wir z.B. in der Strategiekonferenz offensiv gegen dieses Vorhaben. Schließlich verweigerte die BVV Lichtenberg dem Bezirk die Zustimmung zu dem Common Place und die Planungen wurden zumindest vorerst eingestellt.

Aufgrund der begrenzten Personalkapazitäten musste das Team Focus einen Standort aufgeben und entschloss sich dazu, die Arbeit in Lichtenberg zu beenden. Erstens war die Arbeit in diesem Bezirk noch im Aufbau, da er als letzter hinzukam, und auch aufgrund der Verdrängung ist es der am wenigsten durch Obdachlose frequentierte Ort. Zeitgleich entschloss sich der Humanistische Verband, seinen Vertrag mit dem Bezirk bezüglich des Platzmanagements zu kündigen.



Probleme in der aufsuchenden Arbeit

In unserer Arbeit mit Adressat*innen ist uns wichtig, die Menschen zu aktivieren und zu motivieren, ihre Angelegenheiten selbstständig zu regeln. Ihre bestehenden Potenziale und Fähigkeiten sollen genutzt und gestärkt werden. Nur in den Bereichen, in denen selbstständiges Handeln nicht mehr bzw. noch nicht möglich ist, erfolgt eine Unterstützung unse- rerseits.

Seit geraumer Zeit sind verschiedene Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen damit be- schäftigt, obdachlose Menschen zu unterstüt- zen, was sich seit Beginn der Pandemie noch einmal verstärkt hat. Die „Helfer*innen“ kom- men aus ganz unterschiedlichen Zusammen- hängen. Teilweise handelt es sich um religiös motivierte (sowohl aus den großen christlichen Kirchen als auch aus evangelikalen Gruppen), teilweise um Menschen, die sich sozial enga- gieren möchten. Die meisten dieser Hilfen sind unprofessionell und nicht abgestimmt mit an- deren. Die Angebote sind in der Regel Versor- gung mit Lebensmitteln bzw. Kleidung, gehen manchmal aber auch darüber hinaus. Da es sich meist um Laien handelt, wird gerade der Aspekt der Aktivierung von Menschen gänzlich missachtet und obdachlose Menschen werden bedient, bis sie tatsächlich nicht mehr in der Lage sind, gewisse Angelegenheiten selbst- ständig zu regeln. Essensverteilung findet immer wieder an Orten statt, wo es bereits ein Angebot gibt. Die Bahnhofsmision am Zoo- logischen Garten musste beispielsweise zum Teil Lebensmittel wegwerfen, da die Kalkula- tion durch andere nicht abgestimmte Angebote nicht mehr aufging.

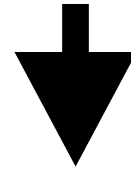
Ein zusätzliches Problem ist, dass für ob- dachlose Menschen häufig nicht klar ist, wer professionelle Hilfe leistet und leisten kann und wer lediglich ehrenamtlich und unange- bildet unterwegs ist. Für die Menschen auf der Straße sind alle Helfer*innen Sozialarbeitende bzw. Streetworker*innen.

Welche Folgen ein unprofessionelles „Hel- fen“ haben kann, sei durch einen Einzelfall veranschaulicht:

Vor ca. drei Jahren lernten wir den Obdachlosen R. kennen. Er erhielt zu dieser Zeit keine Sozialleistungen und verfügte auch über kein anderes Einkommen, obwohl er als deutscher Staatsbürger Ansprüche hatte. Er ist stark alkoholabhängig und finanzierte sich seinen Lebensunterhalt durch das Sammeln von Pfandflaschen und ging somit täglich mit einem Bollerwagen eine größere Strecke zu Fuß. Körperliche Beschwerden hatte er kaum, bis auf seine Sucht war er weitestgehend gesund. Nachdem wir ein Vertrauensverhältnis zu ihm aufgebaut hatten, besorgten wir mit ihm ein Ausweisdokument und beantragten mit ihm Leistungen nach dem SGB II. Nun musste er nicht mehr täglich Flaschen sammeln, war aber immer noch sehr mobil. Er wechselte seine „Platten“ ein paarmal, teilweise durch Räumungen bedingt, manchmal aber auch freiwillig, und verweilte letztendlich gemeinsam mit anderen Obdachlosen unter einer Brücke.

Da dieser Ort an einem großen Bahnhof lag, wird dieser von vielen Menschen und Organisationen aufgesucht, um hier Lebensmittel zu verteilen. Um zu essen, musste er nun nicht mehr aufstehen, da ihm das Essen mehrmals täglich gebracht wurde, und zwar in Mengen, die die Gruppe gar nicht verzehren konnte. Es war auch nicht mehr notwendig, ein paar Meter zur Essensausgabe zu gehen, da es ihm direkt an seinen Platz gebracht wurde. Dies führte dazu, dass einerseits das Lager immer mehr verwahrloste und das Übermaß an Essen Ratten anlockte – und andererseits zu einer erheblichen Abnahme seiner Mobilität. Der Alkohol wurde größtenteils von Freund*innen besorgt und es war nur noch nötig, zum Toilettengang und einmal im Monat zum Abholen und Einlösen des Schecks vom JobCenter aufzustehen.

Durch diese Inaktivität bildete sich seine Muskulatur derart zurück, dass er im Laufe des letzten Jahres kaum noch aufstehen konnte, woraufhin ihn eine Hilfsorganisation mit einem Fahrzeug zum Abholen und Einlösen des Schecks brachte. Sein gesundheitlicher Zustand wurde immer schlechter und letztendlich konnte er gar nicht mehr aufstehen, so dass er krank in seinen eigenen Fäkalien lag. Andere Obdachlose pflegten und säuberten ihn. Schließlich musste er in ein Krankenhaus gebracht werden. Erst im dritten Anlauf wurde er aufgenommen, da die Krankenhäuser aufgrund der Pandemie bereits komplett überlastet waren. Als er dann stationär versorgt werden konnte, mussten ihm ein Fuß halb amputiert und an dem anderen Fuß drei Zehen abgenommen werden. Im Anschluss an den Krankenhausaufenthalt konnte R. in einer Unterkunft mit Pflegeangebot untergebracht werden.



Durch das unprofessionelle Vorgehen vieler Helfer*innen haben wir zusätzlich Schwierigkeiten, stabile Vertrauensverhältnisse zu den obdachlosen Menschen aufzubauen. Dadurch, dass die unprofessionellen Helfer*innen äußerst engagiert in Bereichen unterstützen, in denen wir dies aus fachlichen Gründen verweigern, entsteht bei manchen Obdachlosen der Eindruck, dass wir kein Interesse an ihnen hätten bzw. ihnen nicht so wohl gesonnen sind wie andere.

Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass Ehrenamtliche uns kontaktieren und Informationen von uns, beispielsweise über den Aufenthalt einer obdachlosen Person, haben möchten. Wenn wir auf unsere Schweigepflicht verweisen, sorgt dies meist für Unmut und wir müssen uns erklären und rechtfertigen.

Das unkoordinierte Handeln unprofessioneller Hilfe richtet teilweise eher Schaden an, als dass es tatsächlich hilfreich ist.

Ocker-Beige Berlin

Das Fußballprojekt „Ocker-Beige Berlin“ war 2021 nur wenig aktiv. Die erste Jahreshälfte war nahezu komplett vom Lockdown geprägt, so dass kein Training stattfinden konnte. In der zweiten Jahreshälfte war dies wieder unter wechselnden Bedingungen möglich. Durch den Infektionsschutz ist das Angebot allerdings nicht so niedrigschwellig wie zuvor. Dass die Teilnahme nur unter Vorlage eines negativen Corona-Tests und / oder eines Impfnachweises möglich war, führte zu einem Rückgang der Teilnahme am Training. Des Weiteren fanden keine Turniere statt, an denen das Team teilnehmen konnte, was zusätzlich demotivierend wirkte. Das Projekt soll fortgesetzt werden, auch wenn die Pandemie die Bedingungen hierfür deutlich erschwert.



Die Goldene Keule

Aufgrund der Entwicklungen am Berliner Hansaplatz, die zu Beginn des Jahres 2020 mit dem Erlass einer rechts- und verfassungswidrigen Platzordnung sehr skurrile Formen annahmen (siehe Jahresbericht 2020), begannen dort bereits Gespräche mit dem am Platz ansässigen GRIPS-Theater.

Da Verdrängungsprozesse gegen obdachlose Menschen an vielen Orten stattfinden und dies häufig der Öffentlichkeit aufgrund der teilweise sehr subtilen Methoden gar nicht bekannt ist, beschlossen wir, einen Negativ-Preis für den obdachlosenfeindlichsten Ort Berlins zu verleihen. Die Vorbereitungen hierfür begannen im Sommer 2020 und die Preisverleihung war für den Januar 2021 geplant, musste allerdings bereits im Dezember 2020 aufgrund der Schließung der Theater verschoben werden. Der neue Termin im Mai konnte ebenfalls nicht eingehalten werden, so dass das Ereignis letztendlich erst am 21. November 2021 im GRIPS-Theater über die Bühne gehen konnte. Um das weite Spektrum von Verdrängungsmaßnahmen zu beleuchten, wurden für die Veranstaltung von uns vier Orte nominiert, die sich durch verschiedene Methoden der Verdrängung auszeichnen:

Die Nominierten



vorgestellt von Uwe Tobias/
Stadtführer von querstadtein e.V.



vorgestellt von Annegret Taube/
Berliner Obdachlosenhilfe e.V.



vorgestellt von Daniela Radlbeck/
Referentin für Wohnungsnotfallhilfe
und Wohnungspolitik des Paritätischen
Landesverbandes Berlin



vorgestellt von Andreas Abel/
Gangway – Straßensozialarbeit in
Berlin e.V.

Die Präsentationen der Orte waren eingebettet in Ausschnitte der Theaterproduktion „Aus die Maus“ des GRIPS-Theaters. Die beiden Schauspielenden begannen mit einer Szene aus diesem Stück und gingen dann in eine Moderationsrolle über. Für musikalische Unterhaltung sorgte Paul Geigerzähler.

Die Jury, die letztendlich über den Gewinner entschied, bestand – nach kurzfristigen und Corona-bedingten Umbesetzungen – aus Frau Prof. Dr. Susanne Gerull von der Alice-Salomon-Hochschule, Dr. Stefan Schneider von der Wohnungslosenstiftung sowie drei obdachlosen Menschen (Thommy, Manuell und Sebastian).

Vor der Verleihung des Hauptpreises wurde die Berliner Obdachlosenhilfe e.V. mit der „Goldenen Platte“ für herausragendes Engagement für obdachlose Menschen geehrt. Die Laudatio hielt Juri Schaffranek (Fachsteuerung der Erwachsenen-Teams bei Gangway).

Als Schirmherren konnten wir für dieses Projekt den vorwiegend aus diversen Tatort-Folgen bekannten Schauspieler Florian Bartholomäi gewinnen, der bei der Preisverleihung auch anwesend war, das Publikum begrüßte und letztendlich den Preis „Die Goldene Keule“ an den Paten des Gewinnerortes übergab.

Während der Veranstaltung wurden Erscheinungsformen der sog. „defensiven“ oder auch „feindlichen“ Architektur vorgestellt, Verdrängung durch Repression (Polizei / Ordnungsämter / private Sicherheitsdienste), durch Verordnungen, mittels Kultur, etc.

Letztendlich entschied sich die Jury für den Berliner Hansaplatz als Preisträger und begründete dies mit der Vielzahl an Maßnahmen gegen obdachlose Menschen, die von verschiedenen Akteur*innen ausging (durch Politik, Behörden, Unternehmen, Anwohnende, Bürgerverein, Ordnungsbehörden, Sicherheitsdienst).

Die Veranstaltung war ausverkauft und es gab viele Anfragen nach Tickets, denen nicht mehr nachgekommen werden konnte. Nach dem Event bestand für die Zuschauer*innen die Möglichkeit, gemeinsam mit obdachlosen und von Armut betroffenen Menschen zu essen, denn die Veranstaltung endete an einem Sonntag um 18:30 Uhr pünktlich zur Essensausgabe der Berliner Obdachlosenhilfe, mit der es im Vorfeld Absprachen diesbezüglich gab. Nach der Preisverleihung gab es noch zahlreiche Gespräche auf dem Hansaplatz direkt vor dem Theater, wodurch dieser Ort endlich seiner konzeptionellen Bestimmung gerecht wurde: Der Hansaplatz wurde zu einem „Ort der Begegnung“, wie es die namhaften Architekten einst vorgesehen hatten, als sie das Hansaviertel konzipierten.

(Fotografiert hat Jürgen Scheer.)

Sonstiges

Neben den alltäglichen Tätigkeiten an den Bahnhöfen, in Gremien, etc. sowie den beschriebenen besonderen Ereignissen gaben wir mehrere Interviews zu verschiedenen Themen aus unserem Arbeitsfeld (in der Regel für Studierende). Außerdem gaben wir Seminare, z.B. beim Einsteiger*innen-Workshop von Gangway, auf der Gangway-Klausurtagung oder auch bei der Klausurtagung der Straßensozialarbeiter*innen Sachsens der SZL gGmbH (Erwachsenen-Streetwork in Leipzig und Dresden).

Des Weiteren verfassten wir einen Beitrag für das „Handbuch Obdach- und Wohnungslosigkeit“, das die Hochschule Dortmund in Zusammenarbeit mit dem Springer VZ nächstes Jahr (2022) herausgeben wird. Thema war hierbei „Verdrängung aus dem öffentlichen Raum“. Die Hochschule der Künste Zürich brachte 2021 das Buch „Die fragmentierte Stadt“ im Jovis-Verlag heraus. In das Werk flossen Aussagen aus Interviews mit unserem Team aus dem Jahr 2018 mit ein.





Überregionales Clearing und „Dispatching“

Auch im Jahr 2021 haben wir ca. 100 Anfragen/Meldungen/Hinweise von Anwohnern, Hausverwaltungen, Bezirksämtern, Baufirmen, Behörden, Kollegen o.ä. bearbeitet. Diese bezogen sich auf bereits obdachlose wie auch von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen.

Unsere Arbeit gliederte sich in vier Schwerpunkte, die ungefähr jeweils ein Viertel der Anfragen umfassten:

1. telefonische Beratung von besorgten Bürger*innen, Verwaltungen oder Behörden;
2. aufgrund der Hinweise: aufsuchende Sozialarbeit/Streetwork im gesamten Stadtgebiet;
3. Case-Management bei Adressat*innen mit multiplen Problemkomplexen;
4. intensive Einzelfallarbeit/Begleitung.

Die Adressat*innen waren überwiegend deutscher Nationalität und männlich. Die Hauptaltersgruppe war zwischen 40 und 60 Jahre alt. Unsere Arbeit konzentrierte sich eher auf die Berliner Außenbezirke. Hierfür wurde auch mit verschiedenen Gangway-Jugendteams sowie den anderen Drop Out-Teams zusammengearbeitet, schwerpunktmäßig mit dem Drop Out-Team Neukölln.



Bemerkenswert war, dass viele Adressat*innen psychische Auffälligkeiten hatten. Es zeigte sich, dass viele gar nicht in der Lage waren, ihre Angelegenheiten zu regeln. Hier eine Auswahl unserer Unterstützungsangebote:

- Beschaffung von Terminen beim LABO und verschiedenen Bürgerämtern und Begleitung der Adressat*innen;
- Begleitung im Jobcenter oder Sozialamt; Antragstellung für Rente oder anderen Leistungsbezug;
- Antragstellung für Unterbringung in Pflegeeinrichtungen oder Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe;
- Vermittlung bei Problemen mit Vermieter*innen;
- Wiederbeschaffung der Krankenversicherungskarte;
- Besuche im Krankenhaus und in Einrichtungen der Obdachlosenhilfe;
- Antragstellung von rechtlichen Betreuungen bei Rechtsantragsstellen der Amtsgerichte;
- Vermittlung von geeigneten Betreuer*innen;
- Beschaffung von Schlafsäcken, Kleidung, Lebensmittel und Sachen zur medizinischen Versorgung;
- Schriftverkehr mit Krankenkassen, Gerichten, Jobcentern, Sozialämtern, Inkassounternehmen, Vermieter*innen, Rententrägern, Banken ...

Für 2022 macht eine Weiterführung des „überregionalen Clearings“ und der Anwohner*innenberatung absolut Sinn, da sich der Bedarf dafür weiterhin erhöht hat.

04 Vernetzung & Gremien

Neben der Vernetzung mit einzelnen Trägern und Institutionen spielt auch die Gremienarbeit eine wichtige Rolle. Im Jahr 2021 waren die Drop Out-Teams in folgenden Gremien vertreten:

- AG Alexanderplatz
- AG Soziales Dorf
- AG EU-Zuwanderung
- AG Leben mit Obdachlosen
- AG ProstSoz
- AK City
- AK Stricher
- AK Wohnungsnot
- AG Mobile
- Fairplay im Park
- Netzwerkrunde aufsuchende Drogenhilfe Neukölln
- Runder Tisch Görlitzer Park



05 Statistische Angaben

Wie in den letzten Jahren führten wir auch im Jahr 2021 eine Statistik.

Bevor es inhaltlich in die Auswertung der Statistik zum Vorjahr geht, möchten wir auf folgendes hinweisen: Wenn wir von „Adressat*innen“ sprechen, ist das vom Senat vorgegebene Wort „Klient*innen“ gemeint.

2021 beobachteten wir wieder eine Steigerung der Kontaktzahlen. **Insgesamt haben wir 2.112 Personen angetroffen, also 202 Personen mehr als im Vorjahr (1910).**

Die Steigerung der Zahlen lässt sich zum Teil mit der Intensivierung der Arbeit in Neukölln sowie im Görlitzer Park und Umgebung erklären. Das Team Neukölln, das im Juni 2020 entstand, befand sich in den ersten Monaten in einer Einarbeitungs- und Feldforschungsphase. 2021 arbeitete das Team Neukölln schon vollständig und führte das ganze Jahr über die Statistik. Wie immer wurden die Daten anonymisiert erhoben und spiegeln den Stand zum Zeitpunkt des ersten Kontaktes mit den Adressat*innen wider.

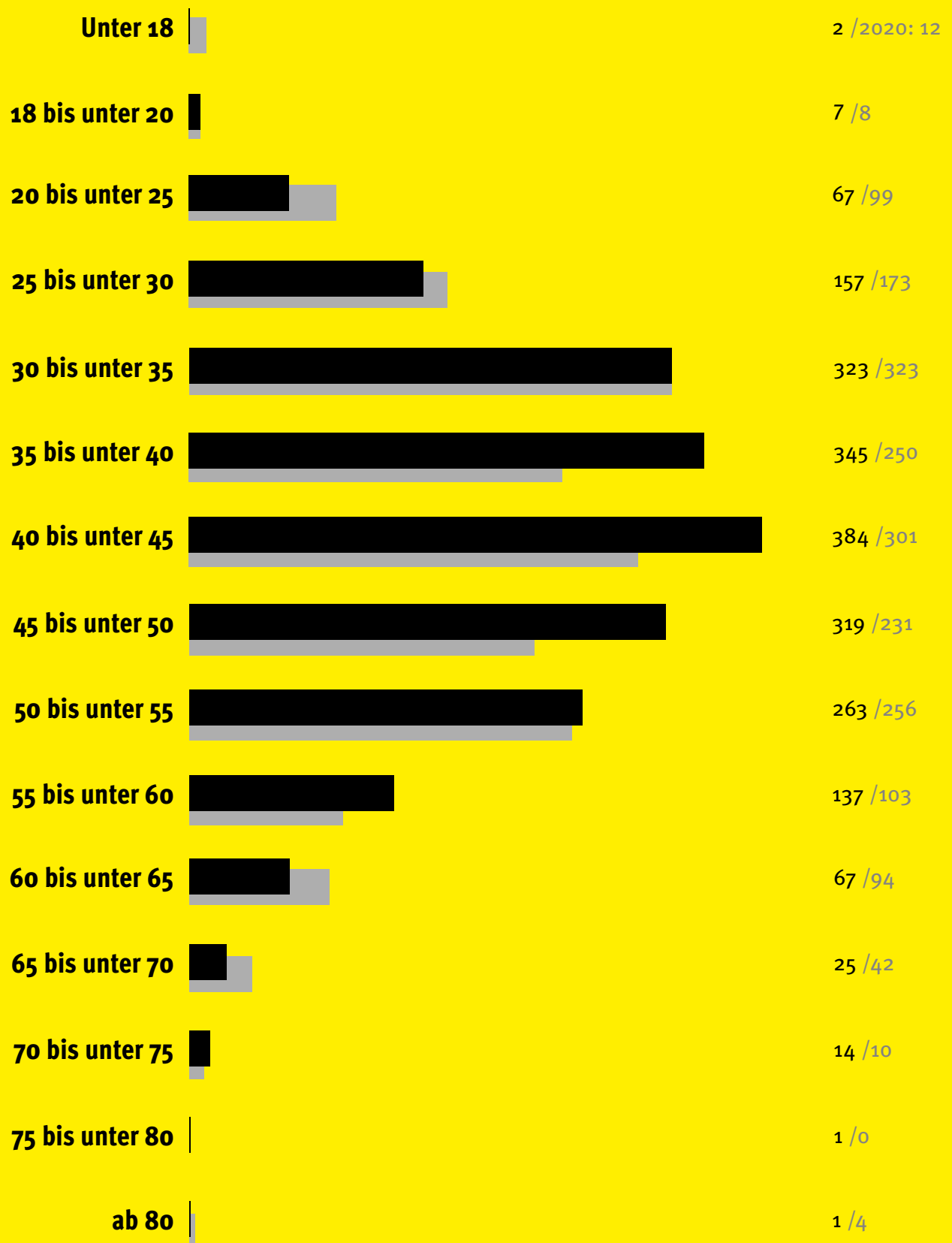
Alter

Die Altersverteilung unserer Adressat*innen fiel ähnlich wie in den Jahren zuvor aus. Die meisten waren wieder zwischen 40 und 45 bzw. 35 und 40 Jahre alt. Der Anzahl der Menschen in der Altersgruppe 30 bis 35 Jahre ist gleichgeblieben, aufgrund der Steigerung der Kontaktzahlen ist der prozentuelle Anteil aber gesunken.

Es lässt sich eine generelle Abnahme der jüngeren Personen in unterschiedlicher Altersgruppen beobachten: unter 18 (12 Vorjahr), 18 bis unter 20 sowie 20 bis unter 25 und 25 bis unter 30.

Der Anzahl der Adressat*innen in der Altersgruppe 45 bis unter 50 Jahre stieg um 87 Personen. Wir konnten auch eine Steigerung bei den Menschen in den Altersgruppen zwischen 50 und 55 Jahren sowie 55 bis 60 Jahren feststellen.

Der Anzahl älterer Personen ist in den Altersgruppen 60 bis 65 und 65 bis 70 gesunken. Im Jahr 2021 haben wir im Vergleich zum Vorjahr 4 Personen mehr in der Altersgruppe 70 bis 75 und eine Person mehr in der Altersgruppe 75 bis 80 angetroffen. Der Anzahl der Personen über 80 Jahre ist um 3 Personen gesunken.



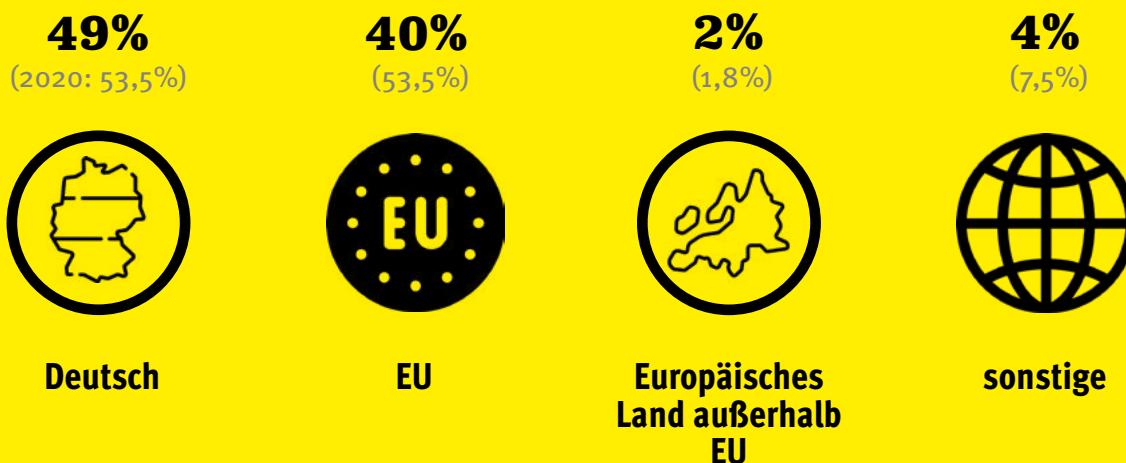
Geschlechterverteilung



Das Geschlecht unserer Adressat*innen bestimmen wir in der Regel nach unserer Selbsteinschätzung, die nicht immer mit der Selbstdefinition unserer Adressat*innen übereinstimmen muss. Aus diesem Grund benutzen wir statt Mann oder Frau die Begriffe „männlich gelesen“ oder „weiblich gelesen“.

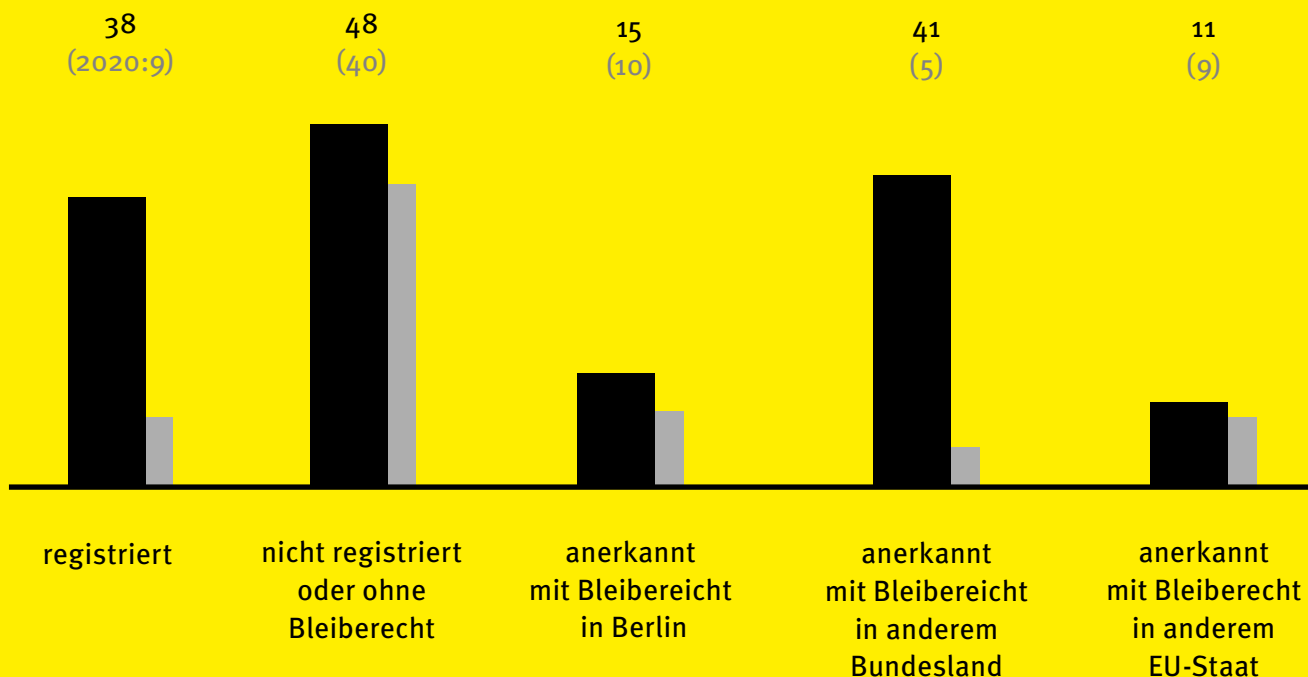
Wie in den Jahren zuvor haben wir auf der Straße zumeist männlich gelesene Personen angetroffen (76%), 3% weniger als im Vorjahr. Der Anteil weiblich gelesener Personen stieg von 19,7% (2020) auf 23%. 1% der Adressat*innen schätzten wir als divers ein, was eine kleine Steigerung darstellt (0,1% im Vorjahr).

Staatsangehörigkeit



Im Jahr 2021 sank der Anteil unserer Adressat*innen mit deutschem Pass auf 49%. Das hängt mit der Intensivierung der Arbeit im Bezirk Neukölln sowie im Görlitzer Park zusammen, wo viele Migrant*innen angetroffen wurden. Die Anzahl der Personen aus den anderen, vor allem osteuropäischen EU-Ländern stieg auf 40%. Die Anzahl der Personen aus sonstigen Ländern (außerhalb Europas) sank auf 4%. So wie im Vorjahr haben wir 2021 keine staatenlosen Menschen angetroffen.

Menschen mit Fluchterfahrung



Die Zahl der Personen mit Fluchterfahrung verdoppelte sich im Vergleich zum Jahr 2020.

Insgesamt haben wir 153 Personen mit Fluchterfahrung angetroffen (74 im Jahr 2020).

Wie in den Vorjahren waren diese Adressat*innen am häufigsten in Kreuzberg anzutreffen. Der Anstieg der Zahlen hängt mit der intensiven Arbeit im Görlitzer Park und Wrangelkiez zusammen. Das Kooperations-Labor (CoLab) mit zahlreichen Angeboten (z.B. Deutschkurs, juristische Sprechstunde mit dem Schwerpunkt Aufenthaltsrecht) etablierte sich als ein Ort der Begegnung im Görlitzer Park. Weiterhin waren die meist angetroffenen Personen nicht registriert oder ohne Bleiberecht (mit 48 jede

dritte Person). Der Anzahl der anerkannten Geflüchteten mit Bleiberecht in anderem Bundesland stieg deutlich auf 41 Personen. Wir haben 38 registrierte Personen angetroffen. Auch die Anzahl der Menschen mit Bleiberecht in Berlin stieg auf 15 im Vergleich zu 10 im Vorjahr. Die Anzahl der Menschen mit Bleiberecht in anderen EU-Staaten blieb ähnlich wie im Jahr 2020: 11 Personen.

An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass sich der Großteil unserer Adressat*innen mit Fluchterfahrung in einer sehr prekären Lebenssituation befindet und von vielen Angeboten der Wohnungslosenhilfe ausgeschlossen ist.



92,2%

1.948 / 2020: 1.779
Wohnsituation



70,9%

1.498 / 1.467
materielle Absicherung



64,8%

1.369 / 1.074
Umgang mit Behörden



63,2%

1.334 / 1.299
Sucht



60,1%

1.270 / 1.195
Soziale Kontakte



51,5%

1.088 / 872
migrationspezifische
Probleme



41,1%

867 / 625
psychosoziale Stabilität



37,9%

800 / 471
Arbeit/Ausbildung



36,3%

767 / 651
Gesundheit



19%

402 / 332
Hygiene



16,6%

350 / 114
Schulden



8,4%

178 / 10
Gewalterfahrung



6,2%

131 / 77
Strafrechtliche Situation



3,3%

69 / 44
Gewaltbereitschaft



0,5%

10 / 0
Schwanger

Problemlagen

Wie in jedem Jahr versuchten wir, die Problemlagen der betroffenen Adressat*innen aus unserer sozialarbeiterischen Sicht einzuschätzen. Zu den schon bestehenden Kategorien, die wir in den letzten Jahren erfassten, kam 2021 eine neue Kategorie dazu: Schwangerschaft (10 Personen).

Wie im Vorjahr waren auch im Jahr 2021 die zwei häufigsten Kategorien Wohnsituation und materielle Absicherung. Umgang mit Behörden kam diesmal auf den dritten Platz, Sucht an vierter und soziale Kontakte an fünfter Stelle.

Eine Zunahme kann bei den migrationspezifischen Problemen beobachtet werden – das hängt mit der generellen Zunahme von Adressat*innen ohne deutschen Pass im Jahr 2021 zusammen. Die Zunahme verzeichneten wir auch bei den Kategorien psychosoziale Stabilität (Zunahme um 242), Gesundheit (Zunahme um 151), Hygiene (Zunahme um 70).

Die Anzahl der Personen mit Schuldenproblematik ist dreifach gestiegen: von 114 im 2020 zu 350 im 2021.

Die größte Steigerung verzeichneten wir bei der Kategorie Gewalterfahrung: 178 Personen im 2021 im Vergleich zu 10 Personen im Jahr 2020. Diese Veränderung kann durch vermehrte Polizeikontrollen und Polizeigewalt erklärt werden, die wir im Jahr 2021 im ganzen Görlitzer Park und Wrangelkiez beobachteten.

Auch die Anzahl der Adressat*innen mit strafrechtlichen Problemen verdoppelte sich fast auf 131 Personen. Die Gewaltbereitschaft unter unseren Adressat*innen stieg ebenfalls leicht an: hier notierten wir eine Zunahme um 25 Personen (von 44 auf 69).

Unterkunftssituation

auf der Straße lebend: 1.343 (2020: 1399)



bei Bekannten: 214 (105)



Wohnung: 210 (174)



ASOG-Unterkunft: 127 (96)



Notunterkunft/Übernachtungsstelle: 95 (44)



Wohngruppe (BW, Ü-Wohnen): 84 (52)



Ersatzunterkunft (Gartenlaube, ...): 18 (16)



Bei Familie, Partner: 14 (9)



Hotel/Pension (Selbstzahler): 4 (6)



Stationäre Sozialeinrichtung: 2 (2)



Stationäre Gesundheitseinrichtung: 1 (2)



Auch in diesem Jahr wohnten die meisten unserer Adressat*innen direkt auf der Straße.

Interessanterweise ist die Anzahl der Personen ohne Unterkunft um 56 Personen gesunken im Vergleich zum Vorjahr. Wir beobachteten allerdings einen **Zuwachs in fast allen anderen Kategorien**. Die Anzahl der Menschen, die bei Bekannten unterkamen, hat sich fast verdoppelt – 214 Personen im Vergleich zu 105 im Vorjahr. Die Anzahl der Personen, die über eine eigene Wohnung verfügten, ist um 36 Personen gestiegen.

Auch mehr Menschen wurden in ASOG-Unterkünften, Notunterkünften und Wohngruppen untergebracht. Diese Veränderung kann mit der Erweiterung des Hilfesystems während der Corona-Pandemie zusammenhängen – zum Beispiel durch die Eröffnung der 24/7-Einrichtungen oder durch die Besetzung des Leerstandes an der Habersaathstraße. Die Anzahl der Menschen in Ersatzunterkünften (Gartenlaube, Wohnwagen usw.) blieb ähnlich wie 2020. Bei Familie oder Partner*innen wohnten fünf Personen mehr als im 2020. Die Zahlen der Hotel-/Pension-Selbstzahler*innen ging leicht zurück. Genauso viele Menschen wohnten in stationären Sozialeinrichtungen, eine Person weniger wohnte in einer stationären Gesundheitseinrichtung. Im Jahr 2021 hatten wir keinen Erstkontakt zu inhaftierten Personen.

Wohnungsnotfall

aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen: 1.606 (2020: 1.479)



aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen und Institutionell untergebracht: 199 (151)



kein Wohnungsnotfall: 147 (143)



unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht: 103 (76)



in unzumutbaren Wohnverhältnissen: 57 (43)



Die Anzahl der Wohnungsnotfälle stieg wieder an, um 127 Personen auf 1.606. Die Zahl der Menschen, bei denen kein Wohnungsnotfall festgestellt werden konnte, ist fast stagniert. Bei allen anderen Kategorien konnten wir einen Zuwachs beobachten. Insgesamt konnten wir also die Situation von 1.965 Personen als Wohnungsnotfall einstufen.

Krankenversicherung

60,2%

39,7%

NEIN



JA

Die Zahlen in Bezug auf die Krankenversicherung fallen fast genauso aus wie im Jahr 2020. **Nur 39,7% der Adressat*innen verfügten über einen krankmedizinischen Schutz.** 60% der Adressat*innen, also mehr als die Hälfte, waren zum Zeitpunkt unseres Erstkontaktes nicht krankenversichert. 2021 konnten wir nur bei einer Person den Versicherungsstatus nicht festlegen.

Einkommenssituation

kein Einkommen: 907 (2020: 893)



SGB II/Arbeitslosengeld II/Sozialgeld: 706 (621)



weitere Einnahmen: 375 (279)



Einkommen aus Erwerbstätigkeit: 49 (32)



Rente/Pension: 40 (44)



SGB XII/Sozialhilfe: 18 (22)



sonstige öffentliche Unterstützung: 12 (5)



SGB III/Arbeitslosengeld I: 4 (3)



Unterstützung durch Angehörige: 1 (0)



Im Bezug auf die Einkommenssituation unserer Adressat*innen gleichen die drei am meisten aufgenommenen Kategorien dem Stand 2020. Die meisten angetroffenen Menschen verfügten über kein Einkommen (907). Der Anzahl der Personen, die Soziale Leistungen nach SGB II beziehen, ist um 85 Personen gestiegen. Dazu notierten wir einen Zuwachs (96 Personen mehr im Vergleich zum Vorjahr) in der Kategorie weitere Einnahmen, die sowohl Flaschensammeln und Straßenzeitungsverkauf als auch Arbeitsausbeutung beinhaltet. Im 2021 haben wir 17 Menschen mehr angetroffen, die sich durch eine angemeldete Berufstätigkeit finanzierten. Nur vier Personen mehr als im 2020 haben Rente oder Pension bezogen. Der Anzahl der Personen, die Leistungen nach SGB XII bezogen, stieg nur um vier Personen. Sieben Personen mehr als im Vorjahr haben sonstige öffentliche Unterstützung bekommen. Im Jahr 2021 haben wir keine Personen angetroffen, die sich entweder durch eigenes Vermögen/Vermietung/Zinsen oder Einkommen in Haft finanzierten. Nur eine Person wurde durch Angehörige unterstützt. Eine Person mehr als im Jahr 2020 hat Leistungen nach SGB III, also Arbeitslosengeld I, bezogen.

8.519

Anzahl der Beratungen

1.428

Anzahl Klient*innen vermittelt an/
in Soziale Dienste/Institutionen/
Einrichtungen

283

Anzahl geleisteter Barbeihilfen/
Verfügungsmittel (Passfotos/
Fahrscheine o.ä.)

275

Anzahl der Begleitungen

259

Anzahl begleiteter Klient*innen

130

Anzahl Klient*innen vermittelt an/in
Angebote des Gesundheitssystems

5

Anzahl Vermittlungen von Hilfen
zur Rückkehr ins Heimatland/
Weiterwanderung

5

Anzahl Vermittlungen wegen Um-
setzung von Ansprüchen auf SGB
II-/SGB XII-Leistungen

3

Anzahl Vermittlungen an ord-
nungsrechtliche Unterbringung

1

Anzahl Klient*innen vermittelt an
Fachdienste für Arbeit/Beschäfti-
gung/Qualifizierung

In dieser Kategorie befinden sich alle Vermittlungen, die wir im Jahr 2021 erbracht haben – auch von den Adressat*inne, von denen wir keine Rückmeldung bekamen. Da wir 2021 mehr Adressat*innen angetroffen haben, ist die Anzahl der geführten Beratungen deutlich gestiegen: **wir führten 2.148 Beratungen mehr als im Vorjahr, insgesamt 8.519.** Weiterhin vermittelten wir die mit 1.428 Personen 67% aller Adressat*innen an soziale Dienste, Institutionen und Einrichtungen. Die Anzahl ausgestellter Barbeihilfen (zum Beispiel für Passfotos oder Fahrkarten) hat sich mehr als verdoppelt. Das lässt sich mit den gestiegenen Zahlen der Begleitungen und den begleiteten Personen erklären (fast doppelt so viele wie im Jahr 2020). Auch die Anzahl der Vermittlungen

an die Angebote des Gesundheitssystems verdoppelte sich.

Wegen der Corona Pandemie brauchten mehr Menschen medizinische Hilfe. Ein großer Teil unserer Arbeit 2021 bestand auch darin, unseren Adressat*innen einen Zugang zu den Impfungen gegen das Coronavirus zu ermöglichen. Die Adressat*innen, die eine Rückkehrhilfe in ihr Heimatland in Anspruch nehmen wollten, sowie Hilfe bei der Umsetzung der Ansprüche nach SGB II oder XII benötigten, ist um die Hälfte gesunken. Wir vermittelten deutlich weniger Personen an ordnungsrechtliche Unterbringung (mehr als dreifach gesunken) oder Fachdienste für Arbeit (1 Person im Vergleich zu 6 im 2020). Im Jahr 2021 führten wir keine Gesundheitsberatungen durch.

Zielerreichung

618

Anzahl Klient*innen vermittelt
an/in Soziale Dienste/
Institutionen/Einrichtungen

76

Anzahl Klient*innen vermittelt
an/in Angebote des
Gesundheitssystems

11

Anzahl Klient*innen vermittelt in
eine ordnungsrechtliche
Unterbringung

7

Anzahl Klient*innen vermittelt
wegen Ansprüchen auf
SGBII-/XII-Leistungen

3

Anzahl Klient*innen vermittelt an
Fachdienste für Arbeit/
Beschäftigung/Qualifizierung

2

Anzahl Vermittlungen an Hilfen
zur Rückkehr ins Heimatland/
Weiterwanderung

1

Anzahl Klient*innen vermittelt an/
in Angebote gem. SGB VIII

Diese Kategorie beinhaltet die erfolgreichen Vermittlungen ins Hilfesystem. Als erfolgreich vermittelt betrachten wir die Personen, die bei den Stellen ankamen, an die wir sie vermittelten. Das stellten wir entweder durch persönliche Begleitung oder eine Rückmeldung fest.

Im Jahr 2021 haben wir 718 erfolgreiche Vermittlungen festgestellt, was 33% der Gesamtzahl unserer Adressat*innen darstellt. Die Anzahl der erfolgreich vermittelten Personen stieg also im Vergleich zum Jahr 2020 (26%). Das hängt damit zusammen, dass in dem letzten Jahr neue Angebote für Wohnungslose geschaffen wurden (teilweise wegen der Corona-Pandemie), was unsere Vermittlungsmöglichkeiten erweiterte.

06 Fazit & Ausblick



Die Corona-Pandemie wird uns und unsere Adressat*innen vermutlich noch eine Weile begleiten, ohne dass sich die Zukunft diesbezüglich voraussagen lässt. Klar ist jedoch, dass diese Krise zu enormen Kosten und wirtschaftlichen Einbußen geführt hat, die kompensiert werden müssen. Mit einem Sparprogramm sind die Ziele des „Masterplans 2030“ mit Sicherheit nicht zu erreichen. Es soll umfassend auf das Konzept „Housing First“ gesetzt werden, ohne dass hierbei eine Finanzierung gesichert ist. Das Konzept passt nicht in Finanzierungsmodelle der herkömmlichen Hilfeleistungen nach §67 und unterscheidet sich hiervon. Es gibt dabei keine Mitwirkungspflicht und keine Beschränkungen bezüglich des Umfangs bzw. der Dauer der Unterstützung und kann von daher nur zuwendungsfinanziert werden. Hierzu müssten allerdings die Mittel der Zuwendungsfinanzierung deutlich steigen, denn die beiden bisherigen Projekte in diesem Bereich sind für die ehrgeizigen Ziele mit Sicherheit nicht ausreichend. Es gibt hier also einige ungeklärte Fragen.

Ebenso bleibt abzuwarten, wie der neue Senat die sog. „Safe Places“ konkret umsetzen möchte. Die bisherigen Konzepte waren wenig überzeugend. Die Fragen, die wir in unserem Jahresbericht 2019 gestellt haben (Regulierung – ja oder nein, und wenn ja, wie?) sind bis heute unbeantwortet. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Straßensozialarbeit hier oft als Kontrollinstanz gewünscht wird, was jedoch in eklatantem Widerspruch zu den Grundprinzipien des Arbeitsfeldes steht.

Wir werden die Entwicklungen im Bereich Wohnungslosigkeit weiterhin genau beobachten und uns aktiv einschalten. Mit unserer Expertise standen und stehen wir Entscheidungsträger*innen immer zur Verfügung und vertreten hierbei parteilich die Interessen unserer Adressat*innen.

07 Allgemeine Angaben

Abschließend erfolgt eine Übersicht der formalen Daten, die Aufschluss über unsere Erreichbarkeit und die personelle Besetzung der Drop Out Teams geben soll.

DROP OUT FOCUS

Büro:

Conrad-Blenkle-Straße 1, 10407 Berlin



Stefanie Seewald, Diplom-Sozialarbeiterin/-Sozialpädagogin (FH),
Mobil: 0157- 82 83 02 34



Andreas Abel, Diplom-Sozialarbeiter/-Sozialpädagoge (FH),
Mobil: 0157- 82 83 02 32



Martyna Zielkowska, B.A. Soziale Arbeit, Sozial- und Organisationspädagogin (ausgeschieden)

Präsenzzeiten des Teams

Montag:

13 – 16 Uhr Ostbahnhof (und Umgebung)

18 – 22 Uhr Bahnhof Zoo (und Umgebung)

Dienstag:

17 - 18:30 Fußballtraining Ocker Beige

Mittwoch:

11 – 14 Uhr Bahnhof Zoo (und Umgebung)

14 – 17 Uhr Ostbahnhof (und Umgebung)

Donnerstag:

14 – 17 Uhr Bahnhof Zoo (und Umgebung)

Freitag: nach Bedarf

Sprachkenntnisse

Deutsch

Englisch

DROP OUT MITTE

Büro:

Schumannstraße 5, 10117 Berlin



Julia Schenker, B.A. Pädagogik, B.A. Soziale Arbeit,
Mobil: 0157- 82 83 02 38



Sarah Kienreich, B.A. Soziale Arbeit,
Mobil: 0176- 56 79 82 65



Tino Kretschmann, Diplom-Sozialarbeiter/-Sozialpädagoge,
Mobil: 0176- 15 28 30 20

Präsenzzeiten des Teams

Montag:

ab 12 Uhr Alexanderplatz und Umgebung

Dienstag:

ab 12 Uhr Hauptbahnhof und Umgebung

Mittwoch:

ab 13:30 Uhr Alexanderplatz und Umgebung

17 – 20 Uhr Kurfürstenkiez (Kurfürstenstraße Ecke Frobenstraße)

Donnerstag:

20 – 23 Uhr Kurfürstenkiez (Kurfürstenstraße Ecke Frobenstraße)

Freitag: nach Bedarf

Sprachkenntnisse

Deutsch

Englisch

DROP OUT NEUKÖLLN

Büro:

Lahnstraße 25, 12055 Berlin



Cengiz Tanriverdio, Diplom-Sozialarbeiter/Sozialpädagoge (FH), Mobil: 0157- 82 83 02 39



Tabea Lenk, B.A. Soziale Arbeit, Mobil: 0176- 85 63 69 25



Sasa Djekic, B.A. Sozialpädagoge/-Sozialarbeiter; Kultur, Ästhetik, Medien i.A. (Master), Mobil: 0176- 60 16 80 16

Präsenzzeiten des Teams

Montag:

Rundgang Hermannstraße und S+U Neukölln und Umgebung

Dienstag:

Rundgang Hermannplatz, Hasenheide und Umgebung

Mittwoch:

Rundgang Hermannstraße, Hasenheide und Umgebung

Donnerstag:

Rundgang S+U Neukölln, Hasenheide und Umgebung

Freitag: nach Bedarf

Sprachkenntnisse

Deutsch

Englisch

Türkisch

Serbisch

DROP OUT XHAIN

Büro:

Waldemarstraße 57, 10997 Berlin



Zuza Maczynska, B.A. Soziale Arbeit (laufend), Master in Transcultural European Outdoor Studies, B.A. Ethnologie, Mobil: 0151- 71 24 54 76



Matti Jaiteh, B.A. Soziale Arbeit, Mobil: 0179-43 98 02 3



Alicja Schock, B.A. Soziale Arbeit, Mobil: 0176-57 85 12 35



Lena Bolczek, B.A. Soziale Arbeit (ausgeschieden)



Manuel Eigmann, B.A. Soziale Arbeit, M.A. Intercultural Conflict Management (ausgeschieden)

Präsenzzeiten des Teams

Montag: Friedrichshain Süd

Dienstag: Kreuzberg 36

Mittwoch: Kreuzberg 61

Donnerstag: Friedrichshain Nord, Görlitzer Park

Freitag: nach Bedarf

Sprachkenntnisse

Deutsch

Englisch

Polnisch

Russisch

DROP OUT SPREE



Axel Illesch, Diplom-Sozialarbeiter/-pädagogin, Mobil 0157- 82 83 02 33



Manja Piotrowski, Diplom-Sozialarbeiterin/-pädagogin

Gangway - Straßensozialarbeit in Berlin e.V.

#streetwork

#mitwohnungslosen

Schumannstraße 5 | 10117 Berlin

Telefon: 030 283023-0

Fax: 030 283023-19

E-Mail: info@gangway.de

www.gangway.de



Durchklicken statt durchdrehen:



[Drop Out Focus](#)

[Drop Out Mitte](#)

[Drop Out Neukölln](#)

[Drop Out Xhain](#)



[@gangwaydropoutfocus](#)

[@dropoutxhaingangway](#)

[@gangwaydropoutmitte](#)